

Der Tabak-Verleger

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Samstagabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die 3 gespaltene Petitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Jg. 52

Samstag, den 29. Dezember

1912

Bekanntmachung.

Wegen des Neujahrsfestes erfolgt die Versendung der Nr. 1 des Tabakarbeiter am Donnerstag, den 2. Januar. Redaktionsschluss wie sonst, also Montagmittags.

Redaktion und Expedition.

Des Reiches Nöte.

Nicht etwa die Teuerung oder die dürftige Lebensweise der arbeitenden Klassen, oder gar die stetige Arbeitslosigkeit vieler Arbeiter und verschiedene andere traurige Auswüchse der bürgerlichen Wirtschaft werden von der Regierung als Nöte des Reiches betrachtet, sondern nur der Mangel im Reichstasfel bedrückt sie. Die Gefahr neuer Steuern, auf die wir neulich schon aufmerksam machten, rückt immer näher. Aus dem Reichsschatzamt sidern nach und nach nähere Informationen in die offiziöse Presse über den ungünstigen Stand der Reichsfinanzen.

Es steht fest, daß der Staat für 1913 nur mit Acht und Brach ins "Gleichgewicht" gebracht worden ist. Dieses Gleichgewicht ist aber nicht so aufzufassen, daß die Einnahmen die Ausgaben decken, bewahre, es ist ein Defizit von rund 140 Millionen Mark vorhanden. Es sind nämlich 106,2 Millionen Mark von den Überschüssen, die der vorige Reichsschatzsekretär Wermuth durch seine famose Unterschätzung der Einnahmen aus den neuen Steuern usw. herausgewirtschaftet hat, zur Deckung ordentlicher Ausgaben verwendet worden. Mit einer angeblichen Verluststeuer wird gerechnet, als ob die bestehenden Klassen einen ansehnlichen Teil der Kosten tragen sollten und mit einer unverschämten drückenden Belastung der arbeitenden Klassen wird das Spiel enden. Leider wird auch diese Propheteiung in Erfüllung gehen.

Daraus ist leicht ersichtlich, daß der Reichsschatzsekretär auf der Suche nach neuen Steuern ist. Daß er die Finanznot voraussah, das zeigt die Füdigkeit, mit der er sich im vorigen Reichstag bereits die Vollmacht ausschreiben ließ, eine sogenannte Besitzsteuer ausfindig zu machen. Jetzt ist die Zeit gekommen, die neue Steuern ins Werk zu leken, denn ohne neue Steuern ist das Defizit nicht zu decken.

Aber wenn bloß die lumpigen 140 Millionen Mark Defizit zu decken wären, dann würde das dem Schatzsekretär keinen Kummer bereiten. Im Hintergrunde läuert jedoch der Moloch mit dem weit geöffneten Rachen und verlangt, — unersättlich wie er ist — neue Opfer, und nicht zu wenig. Das "Gleichgewicht" mit dem 140 Millionen-Defizit konnte nur hergestellt werden ohne Berücksichtigung der Rüstungsforderungen, die der preußisch-deutsche Kriegsminister v. Heeringen gestellt hat, die er aber mangels der nötigen Finanzen vorläufig zurückstellen mußte. Es soll ja, wie die "Rhein-Westf. Zeitung" behauptet, deshalb zu schärfen Differenzen zwischen Kriegsminister und Schatzsekretär gekommen sein, weil letzterer keinen Ausweg sah, wie die Kosten gedeckt werden könnten. Nachdem nun aber die Nationalliberalen im Reichstag erklärt haben, daß sie zu allen Bewilligungen für Rüstungszwecke bereit seien, wagt sich der Kriegsminister wieder hervor und er wird baldigt einen Nachtragsetat weitere Ausgaben für den Bedarf des Heeres verlangen. Wie weit dieser "Bedarf des Heeres" geht, wird mit einiger Vorsicht offiziös so dargestellt, daß die "Luftflotte" verstärkt werden soll, ferner Aenderungen bei der Kavallerie und Artillerie nötig seien.

Werken die Forderungen für den Militarismus genehmigt, so wird das einen erschrecklichen Bogen kosten. Und die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bereitet den Michel schon vor, daß er tiefer in den Beutel greifen und den Bogen aufringen müßt. Es ist interessant und deutlich genug, was das Kanzlerblatt hierüber schreibt, als daß wir es unsern Lesern vorenthalten könnten, wird dadurch doch nur bestätigt, was wir stets über die Finanzlage des Reiches behaupteten. Es heißt da also:

"Doch die Forderungen des Reiches nicht im stande sind, neben den geleglich schon bestehenden Verpflichtungen auch noch alle gegebenen Anrechnungen und Wünschen ohne Erholung neuer Steuergewölbe zu entsprechen, wird schließlich eines Beweises bedürfen. Unter dem früheren Schatzsekretär hatte der Gründklop, 'keine neuen Ausgaben ohne Deckung aller Seiten des Reichstages' freudige Anerkennung gefunden. Und zum Gegen-Teil dieser Annahmen ist noch ihm in den letzten Jahren bestanden. Jetzt steht der Gründklop so allgemeiner Zustimmung sicherer au sein. Ein Redner hat ihm sogar, ohne Rücksicht im Haute zu finden, als bedeutlich bezeichnet. Er hat es möglicher Ausgaben, daß man auch einmal in die Lage komme, notwendige Ausgaben zu bewältigen, wenn für den Augenblick die Ausgaben nicht gleich groß ist oder in dem Staat nicht mehr erfreut. Es kann nicht dringend genug hinzugefügt werden, daß solchen Annahmen, u. Sie müssen uns untrethbar wieder in diesen Zeiten durchdringen, die wir damit bei Finanzreform seit kurzem

überwunden haben. Zurzeit wird freilich die Deckung aller neuen Ansprüche an die Finanzkraft des Reiches aus der Besitzsteuer erwartet. Man darf aber nicht vergessen, daß diese in erster Linie eine Ermäßigung der Bodensteuer ermöglichen soll, und daß die im Frühjahr aufgemachten Bilanzen auf weitere Ausgaben für den Bedarf des Heeres, wie sie angesichts der Weltlage nicht vermeidbar seien werden, noch keine Rückicht genommen haben."

Da haben wir die Belehrung! Sie kommt für den Weihnachtsbaum Michels gerade noch zurecht.

Als im Jahre 1909 fünfzehn Millionen Mark neuer Steuer gefordert wurden unter dem Vorwande, eine Reichsfinanzreform zu schaffen, die auf lange Zeit hinaus die Finanzen des Reiches ins Gleichgewicht bringen sollten, prophezeite der sozialdemokratische Redner im Reichstag, daß sicher in drei Jahren der Militarismus die Finanzen so heruntergebracht haben werde, daß die Regierung neue Steuern vom Reichstag fordern werde. Genauer konnte sich diese Prophezeiung nicht erfüllen. Leider!

Zwischen ist im vorigen Jahre die Brannweinstuer neu reguliert, d. h. erhöht worden, und trotzdem obiges Defizit. Kein Wunder! Von Jahr zu Jahr erhöhen sich auch die Ausgaben des Reiches für den eigenen Bedarf infolge der durch indirekte Steuern und Zollwochen künstlich hinaufgeschraubten Warenpreise. Die arbeitenden Massen müssen nicht nur das, was sie für den eigenen Bedarf brauchen, teuer bezahlen, sie müssen auch noch für das auskommen, was das Reich bei den Bucherpreisen mehr verausgabt. Die Auspowerung ist also eine doppelte und dreifache.

Nach der Ankündigung der "Nord. Allg. Zeit." ist es demnach als eine ausgemachte Sache zu betrachten, daß sich das elende Spiel vom Jahre 1909 wiederholen wird. Mit einer angeblichen Verluststeuer wird gerechnet, als ob die bestehenden Klassen einen ansehnlichen Teil der Kosten tragen sollten und mit einer unverschämten drückenden Belastung der arbeitenden Klassen wird das Spiel enden. Leider wird auch diese Propheteiung in Erfüllung gehen.

Dann aber befürchtet zweitens die Regierung eine

noch schnellere Ausbreitung der freien Gewerkschaften, wenn die christlichen vom Papst verboten würden. Da die Duldung der christlichen Gewerkschaften, wie sie so ungemein entwürdigend und herabsetzend in der Enzyklika ausgesprochen ist, nur aussögend auf die christlichen Gewerkschaften einwirken kann, so ist es erklärlich, wenn die Regierung darin ein förderndes Moment für die Sozialdemokratie erbitt.

Der deutsche Reichskanzler hat sich daher mißliebig über die Enzyklika ausgesprochen und dies dem Vatikan wissen lassen. Im Reichstag fand dagegen der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Delbrück, Staatssekretär des Innern, nicht nur billige Worte für die Enzyklika, sondern unterstrich sogar den Eingriff des Papstes, indem er behauptete, soziale und politische Fragen seien auch religiöser Natur, daher sei auch nichts gegen die Enzyklika einzurichten. Dabei warf sich derselbe Staatssekretär zugleich zum freiwilligen Sachwalter der christlichen Gewerkschaften auf, deren Bestand und Ausbreitung er für wünschenswert hielt. Jesuitischer und doppelmäßiger hätte nicht leicht ein Jesuit in der Sache dozieren können. Über der innere Widerspruch dieser Darstellung und der direkte Widerspruch Delbrucks zur Stellung des Reichskanzlers gegenüber der Enzyklika fiel sofort auf. Darum fanden auch die Neuerungen Delbrucks von sozialdemokratischer Seite im Reichstage scharfe Kritik.

Ebenso aber auch in einem Teile der bürgerlichen Presse. Den christlichen Gewerkschaften ist jedoch wieder durch die reichskanzlerische Verhorresierung der Enzyklika, noch durch die Delbrück'sche Anerkennung etwas gedient. Der reaktionäre Klerikale Sturm nagt an ihnen, und ihre eigene innere Unwähligkeit kann durch keine staatsmännische Protection verdeckt werden. Unter dem Druck der Enzyklika müssen sie nun sogar den Schein vermeiden, als ob sie ernstlich für die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum kämpfen wollten. Zu diesem Zweck wird von ihnen bereits die alte, abgeholt Theorie von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wieder zu beleben versucht. Arbeiter, die man mit dieser heuchlerischen Phrase einzulullen kann, werden nie gegen das blutsaugerische Kapital kämpfen. Den Arbeitern aber, die das trotzdem tun, droht man mit der ewigen Verdammnis. Wirkamer kann das Pfaffentum wahrlich nicht für das Ausbeuterium eintreten. Und in diesem Sinne haben nach der Enzyklika die christlichen Gewerkschaften zu handeln.

Da sollten Arbeiter sich noch in solchen Fällen langen lassen? Die Zeiten sind vorbei. Es muß ihnen angesichts der besprochenen Vorkommnisse scharf und klar vor Augen stehen, daß das weltliche Regiment des bürgerlichen Staates mit dem Pfaffentum gemeinsame Sache zugunsten der kapitalistischen Ausbeutung und zur Unterdrückung der Arbeiter macht. Von dieser Tatsache kann nicht das Mindeste weggeleugnet werden.

Krämerstab, Säpfer und Geldsack sind die Institutionen des Herrscherkleebatts, das alle seine Aktionen auf den Kampf gegen die organisierten klassenbewußten Arbeiter einstellt. Staatsliche und kirchliche Mittel werden dem Kapitalismus zur Verfügung gestellt, während der Kapitalismus aus den Knochen der Arbeiter herauschindert, was zur Stärkung dieser Hilfsmittel dient und was seine eigene Kraftsfeier begeht. Aber gerade die arbeiterfeindliche Gemeinschaft treibt die Arbeiter an, alles drauzusegen, sie zu besiegen.

Darum, Arbeiter, kommt in die freien Gewerkschaften

jeder Arbeiter zu den freien Gewerkschaften kommen muß, wenn einmal der Gedanke der Selbsthilfe in ihm erwacht worden ist. Daher sieht das Ausbeuterium in den christlichen Gewerkschaften nicht mit Unrecht nur die Vorbereitung der noch im Banne pfäffischer Beeinflussung stehenden Arbeiter für die freien Gewerkschaften. Sobald diese Einsicht in die christlichen Gewerkschaften gelommen, treten sie zu den "Roten" über.

Aus diesem Grunde fragte das Unternehmertum die christlichen Gewerkschaften bei dem reaktionären Klerus an und drängt auf ihre Beseitigung. Es fand bei den höchsten Spitzen der katholischen Geistlichkeit williges Gehör.

Außerdem wurde dieses Bestreben unterstützt durch die katholischen Fachabteilungen, die "Berliner Richtung". Das Resultat des unternehmerischen Vorgehens ist — die päpstliche Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften. Der päpstliche Eingriff in das Koalitionsrecht der katholischen Arbeiter ist aber der deutschen Regierung aus zwei Gründen sehr unangenehm. Erstens wird durch ihn die staatsrechtliche Gewalt des Reiches durchbrochen und die Hoheit der weltlichen Gesetzgebung herabgesetzt. Wer soll Respekt vor dieser weltlichen Macht, überhaupt vor den Gesetzen haben, wenn der Papst den katholischen Arbeitern die Wahrnehmung gesetzlicher Rechte verbietet kann aus angeblich religiösen Rücksichten?

Dann aber befürchtet zweitens die Regierung eine noch schnellere Ausbreitung der freien Gewerkschaften, wenn die christlichen vom Papst verboten würden. Da die Duldung der christlichen Gewerkschaften, wie sie so ungemein entwürdigend und herabsetzend in der Enzyklika ausgesprochen ist, nur aussögend auf die christlichen Gewerkschaften einwirken kann, so ist es erklärlich, wenn die Regierung darin ein förderndes Moment für die Sozialdemokratie erbitt.

Der deutsche Reichskanzler hat sich daher mißliebig über die Enzyklika ausgesprochen und dies dem Vatikan wissen lassen. Im Reichstag fand dagegen der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Delbrück, Staatssekretär des Innern, nicht nur billige Worte für die Enzyklika, sondern unterstrich sogar den Eingriff des Papstes, indem er behauptete, soziale und politische Fragen seien auch religiöser Natur, daher sei auch nichts gegen die Enzyklika einzurichten. Dabei warf sich derselbe Staatssekretär zugleich zum freiwilligen Sachwalter der christlichen Gewerkschaften auf, deren Bestand und Ausbreitung er für wünschenswert hielt. Jesuitischer und doppelmäßiger hätte nicht leicht ein Jesuit in der Sache dozieren können. Über der innere Widerspruch dieser Darstellung und der direkte Widerspruch Delbrucks zur Stellung des Reichskanzlers gegenüber der Enzyklika fiel sofort auf. Darum fanden auch die Neuerungen Delbrucks von sozialdemokratischer Seite im Reichstage scharfe Kritik. Ebenso aber auch in einem Teile der bürgerlichen Presse.

Den christlichen Gewerkschaften ist jedoch wieder durch die reichskanzlerische Verhorresierung der Enzyklika, noch durch die Delbrück'sche Anerkennung etwas gedient. Der reaktionäre Klerikale Sturm nagt an ihnen, und ihre eigene innere Unwähligkeit kann durch keine staatsmännische Protection verdeckt werden. Unter dem Druck der Enzyklika müssen sie nun sogar den Schein vermeiden, als ob sie ernstlich für die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum kämpfen wollten. Zu diesem Zweck wird von ihnen bereits die alte, abgeholt Theorie von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wieder zu beleben versucht. Arbeiter, die man mit dieser heuchlerischen Phrase einzulullen kann, werden nie gegen das blutsaugerische Kapital kämpfen. Den Arbeitern aber, die das trotzdem tun, droht man mit der ewigen Verdammnis. Wirkamer kann das Pfaffentum wahrlich nicht für das Ausbeuterium eintreten. Und in diesem Sinne haben nach der Enzyklika die christlichen Gewerkschaften zu handeln.

Da sollten Arbeiter sich noch in solchen Fällen langen lassen? Die Zeiten sind vorbei. Es muß ihnen angesichts der besprochenen Vorkommnisse scharf und klar vor Augen stehen, daß das weltliche Regiment des bürgerlichen Staates mit dem Pfaffentum gemeinsame Sache zugunsten der kapitalistischen Ausbeutung und zur Unterdrückung der Arbeiter macht. Von dieser Tatsache kann nicht das Mindeste weggeleugnet werden.

Krämerstab, Säpfer und Geldsack sind die Institutionen des Herrscherkleebatts, das alle seine Aktionen auf den Kampf gegen die organisierten klassenbewußten Arbeiter einstellt. Staatsliche und kirchliche Mittel werden dem Kapitalismus zur Verfügung gestellt, während der Kapitalismus aus den Knochen der Arbeiter herauschindert, was zur Stärkung dieser Hilfsmittel dient und was seine eigene Kraftsfeier begeht. Aber gerade die arbeiterfeindliche Gemeinschaft treibt die Arbeiter an, alles drauzusegen, sie zu besiegen.

Darum, Arbeiter, kommt in die freien Gewerkschaften

Rundschau.

Eine Gewerkschaft nach v. Jagows Gutachten für nichtpolitisch erklärt. Von einer Übertretung des Vereinsgesetzes ist der Vorsitzende der Filiale Bromberg des Centralverbandes der Cöpfer, Genosse Brezinski, freigesprochen worden; er hatte sich auf polizeiliche Aufforderung geweigert, Statuten und Vorstandsverzeichnis einzureichen. Die Kosten des Verfahrens sind der Staatskasse auferlegt worden.

Interessant an der Freispruchsbegründung ist die Feststellung des Bromberger Schöffengerichts, daß selbst bei der Annahme, die Tätigkeit der Filialen des Verbandes sei eine selbständige, die Hauptverhandlung dennoch keinen Anhalt dafür ergeben habe, daß der Verband und seine Filialen über den statutarischen Zweck (Förderung der geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder) hinaus auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezeugten. Und auch Herr v. Jagow, der Polizeipräsident von Berlin, dem Sitz der Organisation hat die amtliche Auskunft erteilt, daß Tatsachen- und Beweismaterial dafür, daß die Organisation der Cöpfer ein politischer Verein sei, nicht erbracht werden können. Diese Auskunft wird dem Herrn schwer genug gefallen sein.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Behörden und die Richter bei der Entscheidung der Frage, ob die Gewerkschaften politische Vereine sind, sich dieses Bromberger Urteil als Richtschnur nehmen.

Die Hebe gegen das Koalitionsrecht. Die schreienenden Scharfmacher, die absolut eine Verschärfung des „Schutzes der Arbeitswilligen“ haben wollen, machen für ihr Verlangen immer den angeblichen „Terrorismus“ organisierter und streitender Arbeiter geltend. In Wahrheit ist es dabei viel mehr, wenn nicht allein darauf abgesehen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschneiden und dessen Ausübung zu unterbinden. Das plaudert die „Konservative Korrespondenz“, die wohl auf die Verschleierungstaktik der industriellen Scharfmacher nicht so eingrubt ist, mit brutaler Offenheit aus. Sie knüpft an eine Befreiung, der Rede des Dr. Schweighofer in der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller folgende Bemerkungen:

„Der Schutz des wirtschaftlichen Friedens erfordert aber auch deshalb besondere gesetzliche Bestimmungen, damit die Möglichkeit geschaffen wird, auch diejenigen zu fassen, die hinter den Kulissen arbeiten und durch verhüllte Ausreizungen und Hehereien in Zeitungen und Flugschriften die Arbeiter irreleiten. Noch fast bei allen Streitausschreitungen konnte man die Beobachtung machen, daß die roten Arbeiterführer sich seige im Hintergrund — weit weg vom Schuß — hielten und darum nicht gefaßt werden konnten, während die verheerten Arbeiter ihre Haut zu Markte tragen. Diesen Heheren und Verführern das unsaubere Handwerk zu legen, zu verhindern, daß noch weiter von roten Schlagworten betörte Arbeiter zu Ausschreitungen gegen arbeitswillige Kollegen verleitet werden, es unmöglich zu machen, daß kleine Geschäftslute unter dem Druck der roten Volksbegleiter zu Leid haben, ist ein dringendes Gebot nicht bloß im Interesse des wirtschaftlichen Friedens, sondern auch des Gesamtwohls. Darum bleibt es bedauerlich, daß der Deutsche Reichstag die konservative Partei in ihrem Verlangen nach einem verstärkten Schutz der Arbeitswilligen im Stiche gelassen hat.“

Da ist einmal das Herzengesheimnis der Scharfmacher enthüllt. Der „Schutz der Arbeitswilligen“ ist nur Vorwand, man will scharfe Strafbestimmungen haben, um die an leitender Stelle stehenden Vertreter der Arbeiterinteressen „unschädlich“ machen zu können. Sehr schön macht sich besonders in der „Konf. Korresp.“ das Verlangen, daß die kleinen Geschäftslute gegen den „Drud der roten Volksbegleiter“ gefügt werden. Das Verlangen stellen dieselben Parteien, die in ihren ostpreußischen Gefilden jeden Geschäftsmann blicken lassen, der nicht konservativ ist und es sich merken läßt!

Die Teuerung und der soziale Landtag. Die Debatte über die sozialdemokratische und freimaurige Interpellation betr. die Teuerung, die einmal wegen Nichtbeschlußfähigkeit abgebrochen werden mußte, wurde an einem späteren Tage fortgesetzt. Zwei Regierungsvertreter verteidigten die Haltung der Regierung. Nach langer Debatte, in der von unserer Seite nochmals die vollaufendliche Agrarpolitik dargelegt wurde, und in der ein Nationalliberaler das Kriegsgeschenk ausmärschierten ließ, wurde ein Schlusshuttrag angenommen. Die Konservativen hatten den Saal bereits verlassen, und auch die Reihen der Nationalliberalen hatten sich stark gesichtet. So gelang es, eine Petition anzunehmen, in der die Regierung eruchtet wird, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Kritikenminnun in Elsfeld-Lohrungen. In der Steuerkommission des reichsständischen Landtages beantragte die Regierung die Höchstsumme für steuerfreies Einkommen auf 700 M. zu belassen. Wie minimal dieses Maß ist, zeigt sich allein schon aus der Haltung der bürgerlichen Parteien, die Parteien, die sofort erklärt, daß das Minimum höher gestellt werden müsse. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten nicht nur eine weitergehende Entlastung der unteren und mittleren Steuerklassen unter gleichzeitig höherer Belastung der reichen Leute, sondern auch eine Erhöhung des Höchsteinkommens auf mindestens 5 Prozent.

Schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erklärte einer der hartgejotteten Reaktionäre, der bekannte Ackermann, einmal im sächsischen Landtage, unter 900 M. Einkommen könne kein Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen. Heute sind die „Freunde der Arbeiter“ nach iranischer — der Arbeiter kann hungern!

Bei der Gewerbege richtswahl in Essen entschieden auf die freien Gewerkschaften 8802, auf die christlichen Gewerkschaften 7165, auf die Gelben 2431 und auf die Polen 418 Stimmen. Die Abstimmung erfolgt nach dem System der gebundenen Listen bei Anwendung der Proporzwahl. Die freien Gewerkschaften erhalten 10, die christlichen 8 und die Gelben 2 Mandate. Die Polen fallen bei der Mandatsverteilung aus. Während die Stimmenzahl der freien und der christlichen Gewerkschaften zunahm, fiel die der Gelben.

Bei den ungeheuren Anstrengungen der Firma Krupp in der Rüstung der Gelben bedeutet das für die Gelben ein ganz beträchtliches Fiasko. Die Firma Krupp läßt sich übrigens die Rückung der Gelben etwas kosten. Sie befiehlt einen Direktionsbeamten eigens zur Leitung der gelben Bewegung und stellt die Bureauräume gratis zur Verfügung.

Der preußische Parteitag und die Landarbeiter. Auf dem demnächst stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag in Preußen wird die Landarbeiterfrage wieder zur Erörterung kommen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits getroffen. So wird dem Parteitag folgende Resolution unterbreitet werden:

„Die Landarbeiter sind die ausgebeutesten und unterdrücktesten Proletarier Preußens. Durch Gesindeordnungen, das Ausnahmegesetz von 1854 und zahlreiche Polizeiverordnungen geknebelt, durch Gerahrung von Wohnung und Naturalien als überwiegenden Teil des Arbeitseinkommens in ein unmündiges Abhängigkeitsverhältnis zu dem Arbeitgeber gebracht, ist der preußische Landarbeiter mit Frau und Kind der zügellosen Ausbeutung durch die Junker und Großbauern preisgegeben. Die reaktionären preußischen Gesetze und Verwaltungspraktiken schließen ihn von der Mitbestimmung in der Verwaltung des Gutsbezirks und der Landgemeinde völlig aus und stempeln ihn auch gesellschaftlich zu einem Menschen minderer Rechts, zu einem Staatsbürger zweiter Klasse.“

Diese traurige Lage der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist der stärkste Ansporn zu der durch die industrielle Entwicklung und den Jonach stetig steigenden Arbeiterbedarf der Industrie geforderten Landwirtschaft, die der Landwirtschaft die leistungsfähigsten Arbeitskräfte entzieht und bereits zu einer bedenklichen Entvölkerung der ländlichen Gebiete Ostelsiens geführt hat. Als Erfolg werden jährlich Hunderttausende ausländische Arbeiter herangezogen, die durch einen ungeeigneten Registrierungsartenzwang zu mehrlosen Sklaven der ländlichen Ausbeuter gemacht werden.

Diesen Zuständen, die unser Wirtschaftsleben unheilvoll beeinflussen, kann nur erfolgreich entgegengewirkt werden durch die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landarbeiter, der sich indes die Agrarier trotz der vielen hundert Millionen, die ihnen infolge der Zölle, sowie der Grenzsperr- und Liebesgabenpolitik zufließen, mit aller Macht widersehen. Die Landarbeiter müssen daher, gleich ihren Klassengenossen in der Industrie, selbst sich ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen. Deshalb fordert der preußische Parteitag:

Volle Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter.

Beseitigung aller Ausnahmegesetze und Gesindeordnungen und rechtsgerichtliche Regelung des Landarbeiterrechts. Entscheidung über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch Schiedsgerichte nach Art der Gewerbegerichte unter Mitwirkung der Arbeiter als Richter. Wirsame gesetzliche Schutzmaßnahmen für alle in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, insbesondere Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Schutz der Jugendlichen. Gesetzliche Begrenzung der täglichen Arbeitszeit. Ausreichender Wochenarbeitschutz und Verbot aller Sonntagsarbeiten, die nicht durch die Natur des landwirtschaftlichen Betriebes unbedingt erforderlich sind.

In bezug auf die Arbeiterversicherung mindestens Gleichstellung mit den Arbeitern in der Industrie, insbesondere Fortfall der Landfrankenfassen und Versicherung auch der ländlichen Arbeiter in Ortsfrankenfassen.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen durch den Staat oder durch staatlich unterstützte und kontrollierte Institutionen unter Fortfall aller Maßnahmen, die den Landarbeiter in der freien Verwendung seiner Arbeitskraft beschränken oder ihn wirtschaftlich oder politisch abhängig machen.

Die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten, unter denen besonders die Landarbeiterchaft zu leiden hat, ist nur möglich, wenn in Preußen das Dreiklassenvorwahlrecht bestätigt und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, jede Gelegenheit, besonders die bevorstehenden Landtagswahlen, zu benutzen, um die Landbevölkerung über den Sozialismus aufzuklären und sie auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hinzuweisen.“

Wieder eine furchtbare Grubenkatastrophe. In Brünnau-Mengede, bei Dortmund, im Ruhrrevier, hat sich wiederum ein entsetzliches Grubenunglück ereignet. 52 brave Bergleute haben ihr Leben einbüßen müssen; eine Anzahl von etwa 15 ist schwer verletzt, einige ringen mit dem Tode. Die Ursache des Unfalls ist eine Schlagwetterexplosion. Die Bergleute sollen öfter über die mangelhafte Zimmerung der Schächte der Zeche „Minister Achimbach“, wo die Explosion stattgefunden hat, geklagt haben. Wie angenehme es auf der Zeche zu arbeiten war, zeigt, daß in einem Jahre 73 Prozent der Belegschaft abging. Es wird außerdem berichtet, daß die Bergarbeiterwaltung die älteren Steiger direkt entlassen, aber doch so milde handelt, daß sie selbst gingen. Trotz aller durchaus unglaublichen in den Bergwerken verweigert die Gewerkschaft den Bergarbeitern den nötigen Schutz und die Kapitalprotektion der Grubenreiterei drohten und liebten die ihr Leben täglich aufs Spiel setzenden Proletarier im dunklen Schacht. Wieder Menschen müssen erst zu Grunde gehen, wieviel Elend müssen erst die Männer und Kinder der Bergarbeiter tragen,

wieviel Tränen müssen fließen, bis es endlich einmal anders wird? Die Toten klagen die Lebenden an!

90 Prozent der Schulkinder tuberkulös. Eine erschreckend hohe Zahl tuberkulöser Schulkinder wurde in den Schwesterstädtchen Idar-Oberstein an der Nahe im oldenburgischen Fürstentum Birkenfeld festgestellt. Nicht nur Erwachsene stellen einen hohen Prozentsatz, sondern unter den Schulkindern wurde durch eine amtärztliche Untersuchung festgestellt, daß 90 vom Hundert tuberkulös sind. Um der ungeheuer großen Zahl der Tuberkulosekranken entgegenzuarbeiten, ist zunächst der Bau eines großen Volksbadehauses für die Tuberkulosen beschlossen worden.

Diese die Blätter durchlaufende erschütternde Notiz bildet eine furchtbare Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung. In Idar und Oberstein befinden sich viele Edelsteinmühlen und werden Bijouteriewaren hergestellt; natürlich ist der Verdienst knapp, auch ist Heimarbeit verbreitet. Da ist eine Badeanstalt weniger wichtig als höhere Löhne und längere Arbeitszeit.

Die Christen und der Krieg. Professor Radde (Marburg) liest in der Nr. 50 seiner „Christlichen Welt“ seinen christlichen Glaubensgenossen eine scharfe Epistel wegen ungenügender Arbeit für den Frieden. Anknüpfend an die internationale sozialistische Friedensdemonstration in Basel schreibt er:

„Wenn es richtig stünde, hätte jene Demonstrationen, diesen Kongress die christliche Kirche veranstaltet. Wenn wir eine christliche Kirche, eine organisierte Christenheit hätten . . . In manchen Kreisen ist eine Sache schon dann diskreditiert, wenn die Sozialdemokratie sich ihrer annimmt. Da diese Kreise in den meisten Staaten herrschend sind, haben die Staaten den Nachteil davon. Insbesondere bei uns: Wieviel Orientierung des politischen Lebens an der Sozialdemokratie! Man soll ruhig auch von den Sozialdemokraten lernen und das Gute nehmen, das man bei ihnen findet, in welchen Formen, in welchem Zusammenhang auch immer. Fällt das den Juristen und Regenten im Staate schwer, so sollten es die Christen in den Kirchen um so unbefangen tun. Dem internationalen Sozialistenkongress ist in Basel das Münster geöffnet worden und die Geistlichkeit der Stadt hat, wie man las, fast vollständig den Verhandlungen beigewohnt. Ich finde das wie eine Ehrenrettung der Kirche, ob auch eine noch so bescheidene. Im Deutschen Reich sind die Predigten schon so gut wie fertig, die im Falle der Mobilmachung von allen Kanälen werden gehalten werden. Man ist prinzipiell, religiös gerüstet auf den Krieg. Die Fuß- und Bettgottesdienste, die mit Ausbruch des Krieges überall stattfinden werden, sind bei den Kirchenregimentern vorgesetzter und die Orden dazu wird so pünktlich ausgehen, wie die Befehle zur Mobilmachung. Zwischen schleicht die Bitte um Frieden im allgemeinen Kirchengebet leise dahin, und nur hier und da läuft ein Pfarrer auch in der Predigt diesen Ton an. Über die Christenheit von heute soll die Sorge für den Frieden nicht bloß den Sozialdemokraten überlassen. So leicht soll man auf seine Erstgeburt nicht verzichten. Wenn Offiziere in solcher Zeit ihr Schwert schärfen, so ist das ihre Pflicht . . .“

Genossen der christlichen Kirche aber sollen in solcher Zeit ihr Schwert schärfen, so ist das ihre Pflicht . . . Genossen der christlichen Kirche aber sollen in solcher Zeit ernst vom Frieden reden und für ihn arbeiten, oder sie sollen sich vor den Genossen der Sozialdemokratie schämen . . . So gut wie die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder müßten auch die christlichen Organisationen der verschiedenen Länder in der einen frivolen Krieg rechtzeitig ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Wenn es wäre, wie es sein sollte!“

So ist es nun freilich, wie Herr Professor Radde konstatieren muß, nicht. Er wird seinen christlichen Glaubensgenossen gegenüber auch lauben Ohren predigen. Die christliche Kirche dient heute den herrschenden Mächten, und wenn diese den Krieg wollen, und ihn herbeiführen, so gibt die Kirche ihren Segen dazu.

Ungarn. Ein neues Gesetz zur Erdrosselung der Arbeiterbewegung wurde von den Regierungen dem österreichischen wie auch dem ungarischen Parlamente vorgelegt. Danach erhält das Ministerium im Kriegs- oder Mobilmachungsfalle vollständige Diktatorengewalt, kann u. a. zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke alle arbeitsfähigen Männer bis zu 50 Jahren heranziehen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit einschränken, die Verbreitung von Druckschriften verbieten. Teilnahme an Arbeitsniederlegungen kann dann mit Kerkersstrafen bis zu drei Jahren, die Anstiftung dazu mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden. Und den so behandelten Arbeitern mutet man noch zu, Patrioten zu sein und ihren Feindern auch weiterhin die Möglichkeit zu ihrer wahnwitzigen Kriegshefe zu schaffen.

Berichte.

Walheim. Die Tagesordnung unserer am 7. Dezember stattgefundenen Versammlung umfaßte folgende Punkte: 1. Kartellbericht; 2. Vortrag des Kollegen Ratz über Minimallohntarife; 3. Festsetzung der nächsten Generalversammlung; 4. Berichtes. Punkt 2 wurde wegen mangelhaften Besuches von der Tagesordnung abgezogen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielten die Anwesenden durch Erheben des Etzens das Andenken der verstorbenen Kollegen E. M. Radde. Den Kartellbericht gibt Kollege Ratz. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Herbergsmiillution festgestellt hat, daß Betteln und Bedienung in der Herberge in bester Ordnung befinden würden. Die Herberge ist Niederstadt Nr. 2, Besitzer Louis Schmidt, und ist dieselbe allen Durchreisenden nur zu empfehlen. Die Generalversammlung findet am Sonnabend, den 26. Januar 1913, im Schlossertal statt. Die nächste ordnungsmäßige Monatsversammlung fällt aus. Unter Vorsitzendem beschäftigte man sich mit dem Arbeitsaufwand der Sortierer, der welche nach vom Kollegen Segura verwaltet, und wird nochmals darauf hingewiesen, denselben erforderlichenfalls unter allen Umständen zu benutzen.

Schönau. Am 8. Dezember fand unsere Konstituierung statt. Der Besuch hätte besser sein können. Zum ersten Punkt der Tagesordnung teilte Kollege Ratz Jähn die erste Laienrede mit, daß in der letzten Zeit sich die Mitgliederzahl bedeutend erhöht hat und wünschte er, daß in dieser Weise gearbeitet wird, so daß auch die Schönauer Lehrerinnen einmal bessere Arbeitsergebnisse

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 52

Sonntag, den 29. Dezember

1912.

Praktische Arbeit.

Den Gegnern einer selbständigen Arbeiterbewegung, insbesondere den Schärfmachern, geniert auch eine größere Portion Bosheit und Lüge nicht mehr, wenn es gilt, gegen das verhaftete Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage loszuziehen. Die Herrschaften kürzen sich nicht mehr in geistige Unkosten, wenn es gilt, die Gewerkschaften oder die politische Bewegung des Proletariats zu bekämpfen; es mag ihnen freilich auch recht schwer fallen, mit Argumenten der Vernunft zu operieren. Das Schema und die Ausmachtung des bekannten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist meistens schon genügend, wenn es darauf ankommt, die unabhängige Arbeiterbewegung zu vernichten. Und wann läuft es den Unternehmern und ihren Söldlingen nicht darauf an?

Eine der ekelhaftesten Verleumdungen gegen die unabhängige Arbeiterbewegung ist der Vorwurf, sie sei gar nicht imstande, praktische und für die Arbeiterschaft nützliche Arbeit zu leisten; sie kritisieren nur maßlos und im übrigen sei ihre Tätigkeit eine nur verneinende. Dieser Vorwurf ist deshalb eine ekelhafte Verleumding, weil das Gegenteil so offenkundig ist und jederzeit durch ungezählte Beispiele bewiesen werden kann. Derartiges der Arbeiterbewegung nachzusagen, liegt allerdings im Interesse der bestehenden Klasse. Es liegt in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter, viel mehr als alle anderen Gesellschaftsschichten, an praktische Erfolge ihrer Tätigkeit zu denken; die Arbeiterbewegung wäre nicht so groß und mächtig, wollte sie nur negieren. Ohne weiteres sei zugegeben, daß die für die Verbesserung ihrer Lage kämpfende Arbeiterschaft von der Kritik umfangreichen Gebrauch macht; bei den Erscheinungen und Grundsätzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die dem Arbeiter Recht und Freiheit verklammern und ihn deshalb ungeheure Lasten tragen lassen, kann es nicht anders sein: Außerdem: Wenn irgend welche Zustände als Verbesserungsbedürftig erkannt sind, so hat man sie in das rechte Licht zu rücken. Die Unternehmerklasse, und was drum und dran hängt, hat freilich keine Ursache zur Kritik und Aenderung dieser Zustände, sie sitzt im Zett und schneidet Niemand aus anderer Leute Haut.

Würden die Arbeiter aber nur kritisieren und keine praktische Arbeit zur Verbesserung ihrer Lage leisten, man würde sie ruhig reden lassen. Gerade weil die unabhängige Arbeiterschaft auf allen Gebieten, die für sie in Betracht kommen, so außerordentlich praktisch zu arbeiten versteht, ist die Feindschaft der herrschenden Gesellschaft gegen sie so groß, gerade deshalb wird mit Vorbedacht die Behauptung gegen sie aufgestellt, sie leiste nichts. Die Herrschaften empfinden sehr gut, daß es die praktische Arbeit ist, die der unabhängigen Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen täglich neue Anhänger zuführt.

Kommen wir zunächst zu den Gewerkschaften, so müssen wir fragen, ob es keine praktische Arbeit ist, für den einzelnen Arbeiter sowohl wie für die Gesellschaft, wenn die Lebenshaltung durch höheren Lohn, durch Verbesserung des übrigen Arbeitsverhältnisses, auf ein höheres Niveau gebracht wird. Selbst bürgerliche Leute betrachten diese Tätigkeit der Arbeiter als eine Kulturtat allerersten Ranges. Doch diese Arbeit wird gegen den Willen der Unternehmerklasse geleistet, sie bedroht sogar das Profitinteresse der Unternehmer, folglich muß sie von diesen, die nur in ihren Interessen Vaseinsberechtigung zu erkennen, als Hegen, Aunahzung, Terrorismus usw. unterdrückt und abgefeuert werden. Wie könnte man auch dem Sklaven praktische Arbeit zur materiellen, moralischen und geistigen Hebung zuerkennen oder nur nachsagen! Und ist die Wirkung der Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen auf die moralische und geistige Hebung des Arbeiterstandes, die nur ein verbissener Schärfmacher oder ein dummer Spießer leugnen kann, etwa keine praktische Arbeit für die Arbeiterschaft oder die Gesellschaft überhaupt? Auch das Bestreben der Arbeiter, durch die Selbsthilfe, die doch zum guten Teil in den Gewerkschaften verkörpert ist, sich auf möglichst vielen Gebieten Einrichtungen zu schaffen gegen die Not, ist eine bedeutsame praktische Arbeit. Man bedenke einmal, was an Solidarität und praktischer Fürsorge darin liegt, wenn im Jahre 1911 die Gewerkschaften an Unterstützungen — ausschließlich 16 728 824 M. Streifunterstützung — 21 948 518 M. auszahlten. Heißt das, sich nur auf die Kritik und das Negieren beschränken? Suchen nicht die Gewerkschaften den Einzelnen zu nützen und zu stützen? Jeder Pfennig, der von den Gewerkschaften eingenommen oder ausgegeben wird, bedeutet praktische Arbeit. Wir können nicht alle einzelnen Tätigkeitsgebiete der Gewerkschaften aufzählen, doch möchten wir nur noch auf die Schaffung der Arbeiterschaftsvereine und Rechtsauskunftsstellen hinweisen, in denen alljährlich Hunderttausende Mat und Weibard finden. Wir möchten hinweisen auf die Mitwirkung der Gewerkschaften beim Arbeiterschutz, in der Sozialgesetzgebung, auf die Bildungsbestrebungen. Ist das alles keine praktische Arbeit?

Wie unendlich viel hat nicht die unabhängige Arbeiterbewegung mitgearbeitet in der Praxis der Versicherungsgesetze, im Krankenlassensystem, im Gewerberecht, ja, man darf mit Zug und Recht behaupten, und selbst bürgerliche Leute erkennen das an, daß es ohne die Mitwirkung der praktisch sich immer auf der Höhe zeigenden Arbeiterschaft mit unserer Sozialgesetzgebung noch früher aussehe, als es ohnehin schon der Fall ist. Man erkennt in unseren Ortskrankenhäusern, in denen die unabhängigen Arbeiter praktisch mitarbeiten können, in ihren Leistungen und Einrichtungen, daß vorbildlich gelten.

Ein weiteres Gebiet der Betätigung der unabhängigen Arbeiterschaft ist die Genossenschaftsbewegung. Vertreten durch den Zentralverband der Konsumvereine mit den ihm angeschlossenen, zwei Millionen Mitglieder zählenden Konsumvereinen und Produktionsgenossenschaften nicht ein ungeheures Stück praktischer Arbeit? Nicht lange mehr und der Umsatz der betreffenden Genossenschaften und der Großekaufsgesellschaft erreicht eine Milliarde Mark das Jahr. All das zeigt mit zwingender Deutlichkeit, wie sehr die von der Unternehmerklasse und ihren armeligen Hausleuten verfluchte Arbeiterschaft sich segenbringend in praktischer Arbeit zu betätigen weiß. Wir erinnern noch an die von Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufene, demnächst in Wirklichkeit tretende, mit einer Million Mark subdurierte Versicherung „Volksfürsorge“. Ist das auch keine praktische Arbeit? Wir möchten wissen, warum sich die Kapitalisten so aufregen bei dieser Versicherung, wenn sie praktisch nichts zu bedeuten hätte.

Ach ja, Gewerkschaften, Genossenschaften und was damit zusammenhängt, leisten ja noch hin und wieder etwas, was anzuerkennen ist, würde uns bestens ein in die Enge getriebener kapitalistischer Spiegheselle antworten; aber ihr beschränkt euch darauf ja nicht! Allerdings, die Arbeiterschaft hält es auch für nötig, sich politisch zu betätigen, weil sie ein sehr wichtiges Interesse an der Gestaltung der Einrichtungen von Staat und Gesellschaft hat. Aber leistet die unabhängige Arbeiterschaft in ihrer politischen Zusammenfassung weniger praktische Arbeit? Die sozialdemokratische Partei, und nur diese kann man als Arbeiterpartei ansprechen, hat das dringende Bedürfnis, für die Arbeiter, überhaupt für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, gesetzgeberische Erfolge zu erringen. Da sie eben sich aus Arbeitern zusammensetzt, kann sie gar nicht anders, als sich in diesem Sinne zu betätigen. Daß sie es getan hat, innerhalb und außerhalb der Parlamente, ist jeden Augenblick vielseitig nachzuweisen. Viele Gesetze verdanken wir ihrem Drängen und ihrer Anregung und ihre einzige Mitarbeit in den Parlamenten ist bekannt. Auch in den Kommunen wirken zahlreiche Arbeiter zur Verbesserung der Lage der ärmeren Volkschichten wie zum Wohlergehen des ganzen Gemeinwohls. Wo ist eine andere Partei, die es so ernst nimmt mit ihren Pflichten, für das Wohl des Volkes zu sorgen? Lächerlich ist es, wenn man glaubt, daß die Arbeiterschaft, soweit sie eine Ablösung der kapitalistischen Mischwirtschaft durch die kollektivistische Produktionsweise erwartet, allen Verständnisses hinsichtlich der gegenwärtigen Leiden des Volkes bar sei und nicht eine mögliche Besserung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung versuchen sollte. Weshalb stimmt man denn ihre praktischen Vorschläge nieder, um sie nicht selten unter anderer Firma annehmen zu lassen?

Es ist ganz gleich, ob die Arbeiterklasse auf gewerkschaftlichem, genossenschaftlichem, politischem oder irgend einem anderen Gebiete praktische Arbeit leistet, jegliche praktische und erfolgreiche Tätigkeit der selbständigen Arbeiterschaft ist den mehr oder weniger strammen Schärfmachern in der Seele verhaft und muß darum niedergehalten werden; mit jeder nüchternen Tätigkeit des organisierten Proletariats sieht das um seinen Profit ängstlich besorgte Bürgertum ein Stück seiner Herrschaft schwinden. Deshalb keine Anerkennung für die Leistung der Arbeiterschaft, deshalb der Schrei nach der Staatsgewalt, wenn sich die Herrschaften bedrückt fühlen. Gegen die praktische Arbeit der Gewerkschaften sollen Buchhausgesetze, Verbot des Streikpostenstehens, Mischaubach des Vereins- und Versammlungsrechts helfen, bei den Gewerkschaften Steuergesetze; wer weiß, was noch kommen wird auf diesem Gebiete. Gegen die „Volksfürsorge“ besteht eine starke Feindseligkeit, man versucht auf die Versicherungsbehörde hinreichlich der Richtenehmigung einzutreten; hilft das nicht, so wünscht man gesetzliche Maßregeln. Gegen die politische Organisation der Arbeiterschaft wünscht man Ausnahmegesetze, Wahlrechtsverschlechterungen und alle sonst erdenklichen reaktionären Maßnahmen. Je mehr praktische Arbeit die Organisationen leisten, um so brutaler wird sich der Kapitalismus in seinen Abwehrmaßregeln gebären.

Nicht weil die Arbeiterklasse keine praktische Arbeit leistet, wird sie gehaft, verlässt und verfolgt, sondern weil sie so viel zu leisten vermag! Trotzdem werden sich die Arbeiter unter keinen Umständen stören lassen.

Aus den Handelskammerberichten für 1911.

V.

Breslau

Der Geschäftsgang der Zigarrenindustrie war auch im Berichtsjahr durch die Steuererhöhung stark beeinflußt. In vielen Betrieben mußte auch in diesem Jahre die Arbeit zeitweise ausgesetzt werden. Allenthalben wurden die größten Anstrengungen gemacht, um auf der Höhe zu bleiben, und die Leistungen wurden auf das höchste gesteigert, wodurch der Kostenkampf in Frage gestellt wurde. Der Geschäftsgang war bis zum September außerordentlich, und nur die bekannte Erziehung des lebhaften Geschäftsganges vermochte vorübergehend einige Belastung zu bringen. Die Preise des Rohmaterials verfolgten weiter eine steigende Richtung; auch die Löhne mußten erhöht werden. Der Wertzußtag kommt unter solchen Verhältnissen nur zum geringsten Teile auf den Verbrauch abgewälzt werden, müßte dagegen in der Hauptsoße von der Industrie getragen werden. Weiter erschwert wurde der Geschäftsgang in der Zigarrenindustrie dadurch, daß der Zigarettenkonjunktur anbauend auf Kosten des Zigarrenverbrauchs zu genommen hat.

Sagnitz.

Die Geschäftslage in der Zigarrenfabrikation war im Berichtsjahr recht unerträglich. Die Besteuerung der Cigaretten war zu

die Finanzreform vom Jahre 1909, zu welcher sich noch hohe Preise der meisten Lebensmittel gesellten, bewirkte, daß der Zigarrenkonjunktur erheblich zurückging. Die schwer und nur mit hohen Speisen erzielten Umsätze ließen kein befriedigendes Jahresergebnis zu und reichten nicht aus, um die Arbeiter angemessen zu beschäftigen. Es mußte deshalb auch im Berichtsjahr an vielen Stellen wieder Arbeiter entlassen oder die Arbeitszeit verkürzt werden.

Trotz vollständiger Waisse im Tabakgewerbe blieb der Rohtabak jeder Gattung auf hoher Preisbasis; die Marktstimmung wurde sogar Ende des Jahres noch fester, da nach übereinstimmenden Berichten die Trockenheit des Sommers einen starken Aussatz an inständlichen Zigarettenfabriken für das nächste Jahr erwartet lässt. Bei der langanhaltenden Krise, welche die Zigarrenfabrikation seit Jahren nicht zur Ruhe kommen läßt, machen sich naturgemäß auch alle soziale gesetzgeberische Maßnahmen, die den Arbeiterschutz und die Arbeiter-Versicherung betreffen, stärker fühlbar, in der Zigarrenfabrikation noch um so mehr, da in dieser die Menschenzahl nicht durch maschinelle Kräfte ersetzt werden kann, und so zur Erzielung einer gewissen Produktionsmenge mehr Menschenhände erforderlich sind, als bei der Herstellung gleicher Werte in anderen, durch Maschinenverwendung beginnenden Industrien.

Nachdem die Bündnisse, welche die Finanzreform dem Tabakgewerbe geschlagen hat, noch nicht verheilt sind, ist es nun vor die schwierige Aufgabe gestellt, den Anforderungen der Reichsversicherung und des Angestellten-Versicherungsgesetzes zu entsprechen und außerdem bis zum 1. Januar 1912 die Bestimmungen des Bundesrats vom 17. Februar 1907 zu erfüllen. Dieselben fordern unter anderem für jeden Arbeiter einen Aufstrahl von 10 cbm gegenüber dem bisher vorgesehenen von 7 cbm, modur durch die meisten Fabriken gezwungen werden, Neubauten vorzunehmen. Ein infolge der ungünstigen Konjunkturen im Tabakgewerbe von Seiten des Deutschen Tabakvereins an den Staatssekretär des Innern gerichtete Besuch vom 4. August 1911, eine weitere Verlängerung der Frist zur Erhöhung des Aufstrahles zu bewilligen, wurde abschlägig bezeichnet.

Das stark erschöpfte Gewerbe hofft deshalb den dringenden und berechtigten Bündnis, von gesetzgeberischen Bestimmungen für die nächste Zeit verschont zu bleiben.

Sagan.

Einen Bericht über die Zigarrenfabrikation für 1911 zu geben, ist eine Müllgabe, der man sich nicht gern unterzieht, da in keiner Weise irgend etwas Erfreuliches zu verzeichnen ist.

Die widerstürmige, durch nichts zu begründende Vorliebe des Publikums für ausgezeichnete helle Farben hielt an, und waren die Fabrikanten gezwungen, die enorm hohen Preise für Decktabak, welche dieser Modelortheit genügten, zu bewilligen. Es ist eine eigentümliche Erziehung, daß eine Modelortheit, die unreise und daher weniger gut schmeckende Tabake, wenn sie nur helle Farben zeigen, ausgeschieden, braunschwarze, aber gut schmeckende Tabaken vorzieht, so lange andauern kann.

Die kleine und Einlagefabrikation sind durch die gänzliche Mißerfolge in deutschen Tabaken aus ihrer bisherigen Höhe geblieben. Dabei sind die Fabrikate bei dem massenhaften Angebot nur mit dem kleinsten Nutzen abzuholen, manche Fabrikaten stinken Partien sogar unter dem Herstellungspreise ab, nur um ihre Leute beschäftigen zu können. Die Konkurrenz der Zigarette macht sich immer mehr fühlbar.

Im heutigen Bezirk blieb das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer ohne Störung.

Schweidnitz.

Aus der Zigarrenfabrikation wird einerseits von bayernischer und reicher Beschäftigung, Überstunden vom 1. November bis 20. Dezember und erheblich erhöhtem Umsatz, andererseits und überwiegend jedoch von flauem, schleppendem Geschäftsgang und verniedlichtem Absatz berichtet. Die Absatzminderung namentlich der Zigaretten niedrige Preislagen schreibt man teils dem Umstand zu, daß bei der letzten Zoll- und Steueränderung die Zigarette besser weggeflossen ist als die Zigarette, was viele Verbraucher billiger Rauchartikel von der Zigarette zur Zigarette abgedrängt hat, teils dem Umstände, daß manche Zigarrenfabrikanten infolge der hohen Preise der Einlagefabrikation die billiger Sorten mit gewaltigen Rückstangen gekauft haben, was ebenfalls, natürlich auch auf Kosten der übrigen Fabrikanten, zur Bevorzugung der Zigarette beigetragen hat, teils endlich auch dem Überhandnehmen der Konsumvereine. Die Rohstabake, die in östlicheren wie die übrigen östlichen, erhielten sämtlich infolge kleiner Ernteresteigungen bis zu 20 Prozent, während der Verdient an den Fabrikatpreisen gering und ungenügend blieb, auch bei den mittleren und besseren Sorten, in denen, um den Absatz im Absatz billiger Zigaretten wettzumachen, von allen Seiten ein deutscher Wettbewerb der Fabrikaten einzog.

Oppeln.

Das abgelaufene Geschäftsjahr hat der Zigarrenbranche die erhöhte Besteuerung in der Geschäftslage leider nicht gebracht. Das Geschäft hatte noch immer unter dem Druck der letzten Besteuerung zu leiden und wurde ferner noch erschwert durch die allgemeine Besteuerung aller Lebensmittel. Hierzu kommt noch, daß der Branche durch die Zigarette eine große Konkurrenz erwachsen ist. Gerade bei den billigeren Zigarettenmarken, die vor dem Hauptumsatz bisdeten, hat sich die durch die steuerliche Belastung unbedingt notwendige Verbesserung der Qualität am meisten bemerkbar gemacht, und viele Leute, welche sich nicht dazu verstehen, für die bisherige Qualität etwas mehr auszugeben, sind zu der Zigarette übergegangen. Erhöhte Rohstabakpreise und steigende Löhne gestalteten die Geschäftslage weiter ungünstig, und da der Verkauf der Fabrikate größere Spesen erforderte, die Preise für Fertigfabrikate aber sehr gedrückt waren, so war auch der Nutzen dementsprechend gering.

Nebenbei mußten weitere Einschränkungen der Fabrikation vorgenommen werden. Auch wird weiter über eine sehr schleppende Zahlungsweise der Kundenschaft gesagt.

Die Lage der kleinen Zigarettenfabriken unseres Bezirks hat sich auch im Berichtsjahr nicht verbessert. In mittleren und besseren Marken werden die Erzeugnisse von außerhalb des Bezirks legenden Fabrikaten bevorzugt; ganz besonders wird darüber gestellt, daß die Zigaretten der österreichischen Regie, die zollfrei eingeführt werden, im Industriebezirk der einheimischen Fabrikation immer stärkeren Absatz tun, während deutschen Zigaretten Österreich durch das Monopol verschlossen ist.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Zur Trustbekämpfung wird der „Süddeutsche Tabakzeitung“ geschrieben:

Zur Bekämpfung der Trustgefahr gibt es ein sehr einfaches Mittel. Alle trustfreien Fabrikaten — die Trustfreiheit könnte durch Anstellung eines beamteten Revisors, dem auf Verlangen die Schriftstücke vorzulegen wären, kontrolliert werden — schließen eine Überdeckung, wonach eine kleine eingetragene Etikettensmarke, z. B. Verband der trustfreien Zigarettenfabrikaten Deutschlands auf jedes Zigarettenpaket gesetzt wird. Dann gilt es, daß Raucherpublikum über die Gefahr aufzuklären, welche es neben der allgemeinen wirtschaftlichen Schädigung, durch Verbrauch der Trustfabrikate auch für die eigene Zukunft läuft, dies könnte, neben kleinen in den Tagzeitschriften, durch Einlage kleiner Drucksachen in die Redaktionen gegeben. Die Unterstützung der Raucherverind in der wichtigsten Faktor. Durch Monopolisierung der Zigarettenindustrie wird nichts erreicht werden, denn der Trust braucht ja nur einen Schritt weiter zu gehen, um das ganze Deutsche Reich tributpflichtig zu machen; der Trust ist in der Lage, den Markt für türkische Zigaretten

in eindrücklichem Grade nach seinem Belieben zu beeinflussen und damit den konkurrenzenden Tabakverarbeitern den Eintauf entsprechend zu erschweren. Man kann einwenden, daß er ja auch der deutschen Zigaretten-Industrie ohne Monopol auf diese Weise das Rohmaterial abschneiden kann. Mit einer gewissen Einschränkung kann dies Gefahr anerkannt werden, aber ich will ja auch nur darauf hinweisen, daß das Monopol ein Schlag ins Wasser wäre. Der Trust hat sich ja auch in Amerika in der Weise durchgesetzt, daß er den Tabakauftakt im Heimatlande in seine Hand brachte und die türkischen Tabake, nachdem sich der amerikanische Geschmack (starker hauptsächlich Virgin) diesem angewandt hatte, selbst (anfangs wie früher durch Importe von den europäischen Handelsmärkten) im Produktionslande auslaufen.

Die Möglichkeit, daß der Trust durch Abschneiden der gelegneten Tabakanfuhren der deutschen Zigarettenindustrie den Lebensneuern zuwider wird, bleibt bestehen, aber in diesem Falle könnten sich die deutschen Zigarettenfabriken zusammenfassen und für gemeinsame Rechnung in den Auslandern passende Tabake kultivieren. Durch Verfehlung der Produkte unter den Konkurrenten bleibt die Möglichkeit gesichert, daß alle Waren ihren entsprechenden Wert aufbringen. Die freie Zigarettenindustrie kann sich also retten, nicht aber eine Monopolverwaltung. Wenn ein solches staatliches Institut im Auslande Tabak produzieren wollte, so würde, übrigens im Umum, das Produkt ebenso schlecht wie teuer werden, da das verdeckte Interesse fehlt, das selbst nicht durch höchste Pflichtbewußtheit erfüllt werden kann.

Uns scheint die Durchführbarkeit der Vorschläge des Einsenders nicht so leicht möglich, so einfach ist die Sache denn doch nicht. Uebrigens glauben wir nicht recht an einen ersten und allgemeinen Willen der Interessenten, Händler sowohl wie Fabrikanten, dem Trust energischen Widerstand zu leisten.

Reisegesellschaften in kubanischen Zigarettenfabriken.

Unter dieser Überschrift findet sich in der letzten Nummer unseres belgischen Bruderorgans „De Tabakarbeiter“ folgende Notiz: „Im Jahre 1878 saßte ein spanischer Fabrikant den Gedanken, während der langen Arbeitszeit der Zigarettenarbeiter vorlesen zu lassen. Seit jener Zeit ist das Vorlesen in allen großen Fabriken Havannas in Gebrauch. Die Arbeiter bezahlen selbst den Vorleser und beweisen dadurch eine verständige Entwicklung; sie wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer. Letzterer erhält von jedem Zigarettenarbeiter wöchentlich 15 Cents (amerikanisch, gleich 60 S); von dem Gelde werden die benötigten Bücher und Tageblätter und der Vorleser bezahlt. Dem Vorleser wird pro Woche zwischen 35 und 75 Francs (a 80 S) gezahlt. Aufgabe des Vorlesers ist es, aus den Tageblättern das Vorzulesende auszuwählen. Soll ein Roman vorgelesen werden, so daß wohl über drei Wochen darauf zu verwenden sind, so beschließt die Gesamtheit. Der Stuhl des Vorlesers steht hoch, in der Mitte des Arbeitsraumes, so daß man von jedem Arbeitsplatz hören kann. Es werden Sachen von Shakespeare, Byron und anderen gelesen, am liebsten ist Ossibier Twist. Täglich wird drei Stunden gelesen, davon wird die halbe Zeit für die Tageblätter, zur anderen Hälfte für die Lektüre von Büchern verwendet.“

„De Tabakarbeiter“ fügt hinzu, daß auch die deutschen Tabakarbeiter sich an manchen Stellen von Kollegen, die dafür entschädigt werden, vorlesen lassen. Das trifft nach unserer Erfahrung wohl nur noch sehr selten zu, denn in Fabriken wird es kaum gebüdet werden. Wir haben wenigstens noch nicht davon gehört, daß die Tabakarbeiter in Fabriken solche Einrichtungen hätten. Man fürchtet,

dass die Arbeiter könnten ihre Arbeit vernachlässigen, oder, was einem deutschen Unternehmer das Entsetzlichste ist, es könnte sozialistisches oder gewerkschaftliches Gitt in die Arbeiter gelangen. Außerdem müssen die deutschen Tabakarbeiter so eifrig schuften, wenn sie ihren Lohn verdienen wollen, daß sie wohl kaum Zeit zum Hinhören haben dürften. Als in Hamburg-Altona noch größere Haushaltungsbetriebe zu finden waren, wurde auf einigen Buden auch regelmäßig vorgelesen. Der Vorleser wurde, da gewöhnlich alle nur eine Sorte arbeiteten, mit einer

der versäumten Zeit entsprechenden Zahl Zigarren entzündigt. Aehnlich mag es noch vereinzelt in anderen Orten gehalten worden sein. Heute gibt es auch in Hamburg-Altona keine Großhausarbeit mehr, so daß die gute Sitte des regelmäßigen und bezahlten Vorlesens wohl ganz aufgehört hat. Otto Ernst zeichnet in „Amicus Semper's Jugendland“ so einen Hamburger Haushaltsbetrieb, wo auch der Vorleser nicht fehlt. In vielen Betrieben der Tabakindustrie darf heute nicht mehr gesungen, ja nicht mehr als das Notwendige gesprochen werden. Wo es aber möglich, da sollte man das Vorlesen gediegener Wektile einführen. Bildung kann nur vorteilhaft sein; überdies ist die Arbeit als Zigarettenmacher, Zigarettenmacher usw. so zuchthausmäßig einstimmig, daß schon aus rein menschlichen Gründen eine bildende Unterhaltung nötig erscheint.

Das Organ des bulgarischen Tabakarbeiterverbandes, „Der Tabakarbeiter“, das uns sonst regelmäßig zuging, ist seit dem Ausbruch des Krieges nicht mehr in unsere Hände gelangt. Das Blatt, das in Philippopol, wo auch der Verband seinen Sitz hat, herausgegeben wird, hat vermutlich wegen des Krieges sein Erscheinen einstellen müssen. Hoffentlich ist die noch junge Organisation der bulgarischen Tabakarbeiter auch nach dem Kriege noch lebensfähig, so daß sie wieder aufblühen wird.

Tabakbau in Deutsch-Ostafrika. Nachdem es gelungen ist, aus Kamerun die ersten brauchbaren Decabale an den Markt zu bringen, kommt nun auch aus Deutsch-Ostafrika die Nachricht, daß ein Pflanzer auf seiner Besitzung Mqolole, unweit Mrogoro, 22 Zentner Tabak geerntet hat, der von Sachverständigen als vorzüglich bezeichnet worden sein soll. Es ist deshalb beabsichtigt, im nächsten Jahre größere Anpflanzungen vorzunehmen.

Bewegungen im Beruf.

Nio Grande do Sul (Brasilien). Die Firma Eckart sperrte die organisierten Zigarettenmacher und Sortierer aus. Vor Zugang wird dringend gewarnt.

Das Internationale Sekretariat.

J. A. C. Deichmann, Vertrauensmann. Hamburg. Die Firma C. F. Burckel bewilligte auf 4 Sorten 50 S und auf 2 Sorten 1 M pro Mille.

Groß-Bottbeck b. Altona. Die tariftreue Firma Fritz Steinfaß erhöhte den Lohn bei 3 Sorten um 1 M pro Mille.

Lengenselde (Holst.). Die Firma Gust. Wörden mit der ein Tarif abgeschlossen ist, erhöhte den Lohn bei 2 Sorten um 70 S und bei 1 Sorte um 1 M pro Mille.

Kirch-Steinbeck (Holst.). Die Firma August Niemann erhöhte den Lohn bei 1 Sorte um 25 S und bei 1 Sorte um 50 S pro Mille. Ein Tarif besteht schon länger.

Schiffbek (Holst.). Die Firma J. Koch erhöhte den Lohn bei 4 Sorten um 25 S, bei 3 Sorten um 50 S und bei 1 Sorte um 2 M pro Mille. Bei dieser Firma besteht ein Tarifverhältnis.

Schnelsen. Bei der Firma Heinr. Tielemann hatten die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma bewilligte auf 4 Sorten 50 S und 1 Sorte 1 M pro Mille. Der Minimallohn ist damit von 10,50 auf 11 M erhöht.

Scharmbeck. Die Firma Bülich & Nitsch legte auf 1 Sorte 50 S zu. Die Firma H. D. Viet & Co. erhöhte den Lohn für 2 Zigarettenarbeiter um 50 S pro Mille. Die Firma Gebr. Noelle bewilligte den Sortierern für Überstunden einen Aufschlag von 10 S, für Sonntagsarbeit einen Aufschlag von 20 S pro

Stunde. Die Firma Hugo Feist erhöhte den Stundenlohn der Sortierer für Überstunden um 10 S, für Sonntagsarbeit um 20 S pro Stunde.

Mösterbauerschaft (Westf.). Die Firma Wiemann & Co. hat den Arbeitern die 14-tägige Lohnzahlung bewilligt.

Altenburg (S.-W.). Bei der Firma Hülfemann hatten die Sortierer eine Lohnforderung gestellt. Die Firma erhöhte den Stundenlohn für Mustermacher um 10 S. Außerdem erhielten sie eine Lohnzulage bewilligt, die im Allerb in der Woche 1,50 bis 2 M beträgt.

Bünde-Emsiglow. Der Streit bei der Firma Carl Wellen Siegf & Comp. dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Wintersdorf (S.-W.). Der Abwehrstreit bei der Firma W. Schenzig dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Volksfürsorge.

Die Gründung der „Volksfürsorge“ gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft erfolgte am 16. Dezember in Hamburg vor einem Notar. Die Gesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 1 Mill. Mark gegründet worden. Dieses Aktienkapital wurde voll eingezahlt.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“ setzt sich zusammen aus 8 Personen, von denen zwei die eigentlichen Vorstandsgeschäfte führen, während vier weitere Vorstandsmitglieder nur im Nebenamt diese Aufgaben erfüllen. Zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern wurden die Herren A. v. Elm und Fr. Lefèvre (Hamburg) bestellt. Als Vorstandsmitglieder im Nebenamt sind von den Genossenschaften die Herren Kaufmann und Lorenz, von den Gewerkschaften die Herren Baeplow und Bentler, sämtlich in Hamburg, bestimmt worden. Der Aufsichtsrat der „Volksfürsorge“ setzt sich aus 8 Personen zusammen, von denen 4 die gewerkschaftliche und 4 die genossenschaftliche Seite repräsentieren. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Bauer (Berlin), Leipart (Berlin), Ebert (Berlin) und Schlicke (Stuttgart) als gewerkschaftliche Vertreter, und die Herren Junger (Berlin), Fräsdorf (Dresden), Hoffmann (Magdeburg) und Dr. Aug. Müller (Hamburg) als genossenschaftliche Vertreter.

Mit der Vornahme des notariellen Gründungsaltes ist die Gesellschaft „Volksfürsorge“ ins Leben getreten. Ihre Eintragung ins Handelsregister kann allerdings erst erfolgen, wenn das Aufsichtsamt für Privatversicherung den Geschäftsplan, die Tarife und die Versicherungsbedingungen der Gesellschaft genehmigt und ihr die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt hat.

Der Antrag auf Eröffnung des Geschäftsbetriebes und Veröffentlichung der Tarife und Versicherungsbedingungen ist nach den bereits geführten Vorverhandlungen nunmehr am 18. d. M. von der gegründeten Aktiengesellschaft auch formell gestellt worden. Selbst wenn die Genehmigung dieses Antrages feinerlei Verzögerung erfährt, werden aber noch einige Wochen verstreichen, ehe der eigentliche Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge“ aufgenommen werden kann. Alle die zahlreichen Freunde des Unternehmens, die ihr Versicherungsaufträge zuweisen wollen, müssen daher noch einige Zeit Geduld haben. Der bedeutamste Teil der sehr schwierigen und zeitraubenden Vorerhandlungen, die Festsetzung des Gesellschaftsvertrages, der Tarife und Versicherungsbedingungen ist über nunmehr glücklich zu Ende gebracht und die Hoffnung darf wohl geäußert werden, daß in nicht allzu ferner Zeit die „Volksfürsorge“ mit ihrer Tätigkeit beginnen wird.

Um Platz zu schaffen

wollen wir die vorhandenen Restbestände in versteuerten Tabaken und Formen aus den Konkursmassen von Hils & Oberländer, Breslau :- Franz Spielhagen, Brandenburg a. H. sowie aus der Liquidation von A. Collenbusch, Dresden, schnellstens zu sehr billigen Preisen verkaufen.

Unser Lager besteht zurzeit aus

ca. 25000 gebrauchten Formen, nur moderne Passons Formenpressen Bündelböcken Arbeitstischen

Wir bitten um Lagerbesuch eventuell um Einforderung von Modellbogen und Utensilien-Verzeichnis.

I. Cohn & Co., Berlin N
Deutschlands grösstes Wickelformenlager

Brunnenstrasse 24

Meinen geehrten Geschäftsfreunden sende ich zum Jahreswechsel

die herzlichsten Glückwünsche!
Leon Weil, Speyer, Reitabake

Jacob Hirsh jr.

Mannheim B 1. 9. 110

Alle Sorten in- u. austauschbarer Tabake zu billigster Tagespreisen inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Verzand per Nachnahme. Ziel nach Übereinkunft bei Aufgabe von Is. Referenzen.

Druckjackett Schmalzfeld & Co., Bremen
aller Art hergest. sogen. und künstl.

Carl Röhl, Berlin SU. 26

Kottbusserstrasse 4 15

Sumatra - Tabake M. 1.60-2.50
3.20, 3.50, 3.80, 4.00, 5.50. Borsten-
land - Deffen M. 2.70, 3.10, 3.60
Java - Einlage M. 1.20, 1.30, 1.40
Java-Umland M. 1.75, 1.85. Braut
M. 1.90, 1.50, 1.85. Alle anderen
Tabake billig, reuefreie Bedienung

tum. Und wie diese letzteren erst allmälig vom Absolutismus geschaffen und ausgebildet wurden, so auch die ersten. Der Hof des jungen Ludwig XIV. war noch niemlich frei von der strengen Betonung des Ceremoniells, die ihm später das charakteristische Gepräge verlieh. Man gab sich ungezwungenen seinen Steigungen und Begierden hin, ohne sich darum zu kümmern, sie unter dem Mantel der schönen Form zu verbergen. Je älter aber Ludwig XIV. ward, je mehr seine absolute Gewalt stieg, desto bestimmter leitete er in die Hahn des strengen Ceremoniells ein. So entstand schließlich jener glänzende Hofhalt in dessen Mitte Ludwig, der „Sonnenkönig“, stand, den der Schwarm der Höflinge umstieß, abhängig von ihm, wie die Planeten von der Sonne.

Dieser Hofhalt hat oft Beschreibung gefunden. Voltaire in seinem „Siècle de Louis XIV.“, Lacé in seinem Werk „L'origine de la France contemporaine“, haben ihn ausführlich geschildert. Die aus der Zeit selbst stammenden Memoiren des Kardinal Mazarin und des Herzogs von St. Simon gewöhnen uns, blickte in die Einzelheiten dieses Hoflebens.

Das gesuchte höfische Leben war in Versailles konzentriert. Schon der äußere Anblick der Reihen war glänzend. Prachtvolle Halbkreise, zu denen reiche Alleen führten, groß angelegte, im Geschmaak jener Zeit gehaltene Parks mit prächtigen Wasserläufen dienten der Beherbergung und dem Vergnügen des Königs und seiner Umgebung. Diese Bauten und Anlagen hatten unzählige Verhüllungen, und noch weit größere Summen gaben man für den Haushalt des Königs selbst aus. Der militärische Haushalt des Königs — seine Garde — aufwährte 10 000 Personen, sein ziviler Haushalt 4000, und der seiner Verbündeten 2000 Personen. Dafür wurden jährlich 45 Mill. Francs ausgegeben — der zehnte Teil der gesamten Staatsentzünfte.

Der Stallhof des Königs enthielt 3000 Pferde, 217

Des Morgens wiedt der erste Kammerdiener den König zu der von ihm bestimmten Stunde, und der Reihe nach treten fünf Gruppen von Leuten ein, um ihre Künste vorzuführen. Zuerst kommt die „vertrauliche Gruppe“ bestehend aus dem königlichen Kübern, den Prinzen und Prinzessinnen von Schäßburg, dem ersten Arzt, dem ersten Chirurgen und anderen nützlichen Personen. Dann folgt die „große Gruppe“, dabei sind der Großkümmner, der Großmetzger und der Meister der Barberie, die ersten Kammerrebel- und schiedene Dienste, der Herzog von Orleans, einige begünstigte Geigentümner, die Scherzen und Rätselrätsel der Königin und der Prinzessinen, sowie Barbiere, Schneider und ver- schiebene Dienste. Man giebt dem König aus einer vergoldeten Schale Granatschautstein über die Hände, und reicht ihm den Beihüttel, er betreut sich und betet. Daum erhobt er sich vor der ganzen Gesellschaft aus dem Bett, zieht die Pantoffel und den ihm vom Großkümmner und ersten Kammeredelmann gereichter Schafrock an und setzt sich auf den Antleidehüttel. In diesem Augenblick wird die dritte Gruppe hereingelassen, die teils aus Glückslingen, teils aus einer Menge von Dienstleuten, wie Herden, Chirurgen, Tretendanten der Luftkörfeiten, Börlfern u. a. zusammengesetzt ist. Auch die Rechtschlagsprüfer lassen nicht; die öffentlichei des Lebens des Königs ist so groß, daß keine seiner Handlungen ohne Zeugen ist. Im Moment, da man den König anzuheben beginnt, nähert sich ihm der von einem Ordner benachrichtigte erste Kammerbeamann und nennt ihm die Namen der vor der Tür wartenden Edlen. Diese treten als vierte Gruppe ein, die zahlreicher ist als die vorhergehenden. Sie umfaßt außer den Mantel- und Büchsenträgern und anderen Dienstleuten die meisten hohen Beamten, den Kaplan, den Prebiger, den Hauptmann und den Major der Leibgarde, den Obersten und den Major der französischen, mit dem Hauptmann der Schlossgarde, den Oberjägermeister, den

Schließlich gibt b
leinen Stod und
Rödig, in den All
und betet abermals
bestimmt das Kreuz
hinet, wo er zu

Mit dieser
Gitarben totgeföhlt
spielen gehabt, am
und seine Stimme
seinen kleinen
berleihen, seine
auszuteilen, gar nicht
und keine eigenen
zu unterbrüden.

Was öhrliche
nächrend des ganzen
Mit Unheilern
geschlagen. Die
kumt drei Sturmi
beislaß liegt auf
selbstäre. Der
nicht von selbst.

Gest - folgt
und des schönen
Den von diesen
grünen Ercle h
fält die Elte besa
Bärten an den F
der mit Bischwe
geschnitten. Der
Grahlengland, n
Licht fällt in E
geißbolle, heiterer
Lanbergzärtel, j
Damen bilden

er Gartenzemperer diesem seinen gut, seine Schenke. Nun begibt sich der berstaub es oben, friet auf einem Fußstufen nieder. sa. Nach allem erhebt er Sägeschere, Programm des Säges und betritt sein Sa- veien. Rüdiger erseilt.

ganzen Zeremonie sind glücklich geset- zt worden. Geber hat seine Rolle zu schenken. Er hat keine Physiognomie eine abstrakt müsste, er war genötigt, einen würdevollen, lebenslängen Zug zu Blüte und Abreisungen mit Vierbe- rücksicht, aber nur von der Jagd zu sprechen, in Gebüsch — wenn er deren hatte —

Weise vollzieht sich das Leben des Königs in den Tagen in höchster Differenz. Jagd, Bergabfahrten wird die Zeit tot- in Staatsgeschäften, während der König den täglich oft noch wichtiger. Die Ur- i den Schülern des Richter und Staats- festgefügte Verwaltungssapparat funktion- rief Gesetz an diesem Ende des Richtungs- Gedenks. Gründende Erfüllungen wer- fester entwarfem. „Wenn der König gällt, lobet er 4—500 Personen ein. Da Möbel und der Stoff auf der gepflegten Bühne und der Stoff der Kostümtheater, Arbeit und mit schwellend Lebendigkeit die hingegen kostümde Kostüme verschwanden. Von jenen höhern Spiegeln betriebsam warb. Das brachten auf Vergottungen, Diutanen, e Röcke, kleine Blüten, erwarte, unter Himmelrude Reiber. Die Schleppen der ein reiches Spiel, bedeckt mit Perlen,

Diese, vor sieß ihn, da sich doch niemand frei erlige Ehre und einer Würde. Und um ihm diese Luft in den zu tun. Genießt bei derselben Maßnahmen. In dem ger, da man die Veränderungen, Etiamen, Berufsthe- 1680. „Ge- chen und finben, stell- tettet, benan- ungerissen und diejenigen menschlichen gen Menschen.“

Der Wahl in der Geschichte

allein 540 000 Francs im Jahr ausgegeben wurden. Die Gräfe glichen Palästen. Die Jagd kostete dem König 11 bis 1 200 000 Francs jährlich, allein für die Prachtzüge der Pferde und Jagdhunde wurden 230 000 Francs jährlich ausgegeben. Zur persönlichen Dienstleistung beim König waren 198 Personen bestimmt. Da gab es Leute, die lediglich die Haftgabe hatten, Mantel und Rock des Königs zu halten, andere hatten die Hunde des Königs im Zimmer zu bewachen, andere ihm die Krawatte zu binden. Zwei andere hatten jeden Morgen, in Säutgewänder angezettet und den Degen an der Seite, zu erscheinen, den Nachthühl zu prüfen, Alt leeren und wiederzubringen. Jeder der beiden bezog dorit die Kleinigkeit von 20 000 Francs jährlich.

Außer Berthold besaß Ludwig noch zwölf anderer Residenzen, in jeder hielt er sich jährlich einige Tage auf. Für die Aufzehrung der Möbel in diesen Schlössern gab er jährlich 2 Millionen Fr. aus. Wenn er verreiste, war er von einer Wolke von 600 Jungen umgeben, eine Armee von Handwerfern folgte ihm nach.

Oberholzjäger, den Großmeister und den Meister der Gerechtigkeit, den Oberbaurichter, die Geheimräte, die Kämmerer und Staatssekretäre, die Marfchäfe von Grafschaft und einen Teil der übrigen herborragenden Robleute und Geistlichkeit. Die Leibjäger bringen Ordnung in die Menge und gebieten Ruhe. Der König wünscht sich die Hände und entkleidet sich öffentlich. Zwei Bogen ziehen ihm die Pantoffel aus; das Hemd wird beim rechten Garberobebeamten übergeben, während noch ein anderer Garberobebeamter das frische Hemd in weißer Tuchhülle hereinbringt. In diejenen feierlichen Augenblicken wird der Gipfelpunkt der Handlung, wird die fürfste Gruppe eingeschlossen, die alles umfaßt, was bisher fehlt. Das Hemd gelassen, die alles umfaßt, was bisher fehlt. Das Hemd hat ein ganzes Zeremoniell zu durchlaufen. Die Ehre, es dorreichen zu dürfen, gebührt dem Königin und Entlein des Königs, in deren Ermauung den Prinzen, in deren Ermauung dem Großfürmester oder dem ersten Kammerbeamten. Eublich ist das Hemd überreicht — eine

Blumen, Früchte,
Frischen, Gold,
seß gigantischen
Herren sind eben
frisiert, gepubert
Schabotten und P
aus rosenroter
Goldborsten und

Dieser Min
war zugleich der
am Hofe des G
fürthener Dichter
Glossenpunkt der
Molière, ein Lai
an diesem Hofe
nurts Tag über
besuchte und mit
Welt war einfach
jede Unmöglichkeit
föhne Formen i
mer frisch, jede

en flittlichen Grabeeren, Dillbarren und Silber und Gesteine. Die Bracht die lebenden Rufe des blauem Vogels. Die so heraußgeputzt wie die Damen, sie stützen das Haar in Locken und Fransen tragen das Haar in Locken und Fransen. Hanfchetten aus Spulen, Röcke und Gürteln oder blaue Seide mit Verzierungen sind Treffert.

Die vornehmsten Edligen beliebten die höchsten Höf-
thüren, sie waren zugleich Digner und Gäste des Königs.
Ihre Tätigkeit war auf das peinlichste geregelt. Der
König selbst unterlag dem Ceremoniell. Seine
Handlungen, leßt die intimsten, vollzog sich in voller
Deutlichkeit. Das Ceremoniell sollte den Glanz des
Königtums erhöhen, sollte jeder seiner Handlungen ein
höheres Gepräge verleihen. Über vom Erhabenen zum
Lüftverlöben ist bekanntlich nur ein Schritt. Nur zu deut-
lich zeigen das die berühmten Schilderungen des König-
lichen Lever, des Morgenempfangs. Dies Lever, ein
Schusterstünd in fünf Stufen, vollzog sich nach Kaine so:

Gute Besoh
ßungs. Sie di
lungen. Siebe
Scheben. Mu
er sich im Zutse
getroffen. Maibit
Montespan. Da
da er im Bett
prächtige, glänz
Bon ber erfreut
— anerkann.
von Schmetter
Der alternde *François* 2. 2

obere Rolle spielen die Zivilisationen dessen
eigenen gewissermaßen eine gesetzige Verbündete.
einer Mützen ist ein Typ des leidigeren
ca noch Beginn seiner Regierung verliebt
die Königin, eine acute Schönheit von einer
dt. Sie wurde abgeltzt vor zwei
leise war das Schöniga Mützen zu der Zeit
seines Ruhmes stand. Sie war eine
erbe Erscheinung, stola und importieren
hor Ludwig 4., von der zweiten 7. Einbe-
Daneben war er noch mit Maria Scherck
Scherck, von der er ebenfalls immer
Scherck verlobte sich, dann noch einmal in
Schwäche. Die letztere Frau der Ministerprä-
sidenten

mitte erschienen waren. Welcher brachte der Vortragende den neu eingetretenden Mitgliedern die Statuten zur Kenntnis, indem er die wichtigsten Punkte erläuterte. Kollege Walter wies auf die Wichtigkeit und Vorteile des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hin und wünschte, daß die Mitglieder jetzt dem Verbande treu bleibten. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Agitation, kritisierte Kollege Mann die schlechte Beteiligung an der Haussagitation und wünschte für die Zukunft Besserung. Gewählt wurde eine Kommission, welche aus den Kollegen Walter, Jahn und Mann besteht.

Bremen. Mitgliederversammlung am 12. Dezember. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission zur Prüfung der Ortsbeamtenfrage. 2. Arbeitsnachweis. 3. Antrag auf Auskunft eines Mitgliedes. 4. Verschiedenes. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gibt der Kollege A. Hörmann den Bericht der Mehrheit der Kommission. Er führt aus, daß von den Befürwortern eines Ortsangestellten immer darauf hingewiesen worden sei, daß der zweite Bevollmächtigte derart mit Arbeiten überlastet sei, daß dieses Amt kaum noch nebenamtlich erledigt werden könne. In der Kommission habe sich aber herausgestellt, daß ein großer Teil der Arbeiten, die der 2. Bevollmächtigte ausführte, zu den Obliegenheiten des 1. Bevollmächtigten gehören. Ein Teil dieser Arbeiten sei auch durch die Lohnbewegung verursacht und werde unter normalen Verhältnissen wegfallen. Im Verlaufe der Verhandlungen sei in der Kommission von Hente ein Kostenanschlag vorgelegt worden, bei dem die Zollstelle noch mit einem Überschuß von rund 370 M. abschließen würde. Wenn bei diesem Kostenanschlag die einzelnen Positionen auch vielleicht richtig eingesetzt seien, so seien eine ganze Reihe Ausgaben doch nicht berücksichtigt. Nebner zählt eine Anzahl Ausgaben auf, die nicht berücksichtigt seien, aber doch wieder lehren würden. Wenn man diese notwendig werdenden Ausgaben berücksichtige, dann werde man ebenso viel Defizit herausrechnen müssen, als wie Hente Überschuß herausgerechnet habe. Der Ortsbeamte werde sich dann also nur bei Erhöhung der Zollabrechnungen halten lassen. Nun sei der Ortsverwaltung ja freilich vom Hauptvorstand mitgeteilt worden, daß der Arbeitsnachweis in Zukunft von der Zollstelle selbst übernommen werden müsse. Es sei dies sehr merkwürdig, daß gerade während der Verhandlungen über die event. Anstellung eines Ortsbeamten der Hauptvorstand uns den Arbeitsnachweis läßt. Über er glaube, der Nachweis werde sich auch ganz gut nebenamtlich führen lassen. Die Mehrheit der Kommission kommt zu dem Schluß, daß die Arbeiten der Verwaltung bei richtiger Verteilung noch ganz gut nebenamtlich auszuführen seien. Vor allem müsse der schlechte Stand der Zollstelle bestimmen, den Ortsbeamten abzulehnen. Für die Minderheit der Kommission berichtet dann Hente. Hente bedauert, daß die Befürworter eines Ortsbeamten leider die Gegner nicht hätten überzeugen können. Es sei sicher viel persönliches Misstrauen bei der Gegnerschaft im Spiel. Um richtigstes aber sei es, wenn man die strittige Frage ganz sachlich diskutiere und jedes Persönliche fortlässe. Hörmann habe gemeint, daß der 2. Bevollmächtigte nur deshalb überlastet sei, weil er einen Teil Arbeiten, die eigentlich der 1. Bevollmächtigte erledigen müsse, mit ausführe. Dies ergebe sich aber von selbst, weil der 2. Bevollmächtigte in Bremen wohne und der 1. Bevollmächtigte in Hastedt. Über schriftlich sei es ja auch einerlei, wer die Arbeiten mache. Denjenigen, welcher sie mache, würden sie stark belasten. Es sei auch falsch, anzunehmen, daß nun nach der Lohnbewegung diese Arbeiten wieder ruhen könnten. Wenn man sich freilich damit begnügen wolle, nur Unterstützungen auszuzahlen, könne man zur Not mit der jekigen Art der Verwaltung auskommen. Wenn man aber energisch dafür sorgen wolle, daß die Errungenschaften der Lohnbewegung festgehalten werden, dann müsse man jemand freistellen, der sich ganz dieser Aufgabe widmen könne. Hinzu kommt nun noch, daß die Zollstelle im neuen Jahr den Arbeitsnachweis zu übernehmen habe. Wenn der Arbeitsnachweis, der jetzt noch nicht die ihm zulässige Bedeutung gehabt habe, gut ausgebaut werden solle, so werde auch das ein gut Stück Arbeit kosten. Werde der Nachweis aber gut ausgebaut, dann könne er viel Material für die sonstige gewerkschaftliche Arbeit liefern und die Bremer Kollegen gegen Wiederdruck schützen. Die Ortsverwaltung unterbreite deshalb auch nochmals den Antrag, zur Durchführung dieser notwendigen Arbeiten einen besoldeten Bevollmächtigten zu nennen. In der darauf folgenden Diskussion wendet sich M. H. Lenzenbrock gegen die von Hente gegebene Darstellung der Kommissionserörterungen. Deichmann erklärt, weshalb sich der Hauptvorstand veranlaßt geführt habe, den Arbeitsnachweis wieder der Zollstelle zu übertragen. Die Führung des Nachweises und die Auszahlung an die wandernden Kollegen sei mit der Zeit so störend im Hauptvorstand geworden, daß der jetzige Zustand nicht mehr erträglich sei. Wenn Hörmann gemeint habe, der Vorstand habe wohl nur deshalb den Nachweis der Zollstelle überreisen, um Stimmung für einen Ortsbeamten zu machen, so müsse er demgegenüber darauf hinweisen, daß die Zollstelle schon früher mehrmals zur Übernahme des Nachweises aufgefordert worden sei. Wenn von einer Reihe Kollegen die Anstellung eines Ortsbeamten empfohlen werde, so geschehe dies nur aus dem Grunde, weil die betreffenden Kollegen eine Arbeitskraft für die Interessen der Bremer Tabakarbeiter dringend nötig halten. Im Verlaufe der weiteren Diskussion sprechen noch die Kollegen Hörmann, Wiedemann, Schütte, Meyer, Deichmann und Hente. Bei der dann per Stimmenthalt vorgenommenen Abstimmung wird die Anstellung eines Ortsbeamten beschlossen. Sodann teilt der Kollege H. J. S. zum 2. Punkt der T. O. mit, daß gegen den Kollegen B. ein Antrag auf Auskunft gestellt sei. B. solle nach gaudiwürdigen Mitteilungen an eine hilfreiche Firma einen Brief geschrieben haben, der eine bestätigte Denunziation eines anderen Kollegen enthalte. B. der wegen Krankheit nicht in der Versammlung erscheinen könne, habe in einem Schreiben an die Ortsverwaltung seine Handlung bebauert und gebeten, von dem Auskunft abzusehen. Nachdem von einigen Kollegen darauf hingewiesen ist, daß B. ein altes Verbandsmitglied sei und sonst immer seine Schuldigkeit getan habe, wird beschlossen, den Kollegen B. mit einer scharfen Kürze zu bestrafen. Es soll dem B. mitgeteilt werden, daß nur die Rückicht auf sein hohes Alter und seine langjährige Mitgliedschaft die Versammlung bewogen habe, von dem Auskunft abzusehen. Hieraus wird der 2. Punkt der Tagesordnung und die Beschlusffassung über einen anderen Auskunft vertagt.

Blinde. Am 15. Dezember fand die Mitgliederversammlung unserer Zollstelle mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Kartellbericht; 2. Regelung der Zollabrechnung; 3. Bericht vom Winterball; 4. Verschiedenes. Kollege Gottlieb Kölle erstattete den Kartellbericht. Beigefüllt sei, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Ferner fordert das Kartell zur Teilnahme an dem im März abzuhaltenen Vortragskursus von Engelbert Graaf auf; es werden pro Vortragsabend 10 S. erhoben; es müsse sich jeder zur Pflicht machen, daran teilzunehmen. Für die Bibliothek sind weitere 100 M. aufgewendet worden. Kollege Kölle mahnt zur stärkeren Benutzung derselben. Kollege Menke erläutert, daß die Weihnachtsfeier mangels eines passenden Lokals ausfallen müsse. Kollege Menke legte in längeren Ausführungen klar, wie notwendig es sei, die Zollstelle auszubauen. Es sei ein vorhandenes Verhältnis, wenn die Sortierer pro Monat 10 S. Zollabrechnungen zahlen und die übrigen Tabakarbeiter nur vierteljährlich 10 S. In einer gemeinsamen Sitzung der Ortsverwaltung mit den Paliéieren und Vertraulensleuten und im Beisein des Gauleiters Böhme sei einstimmig der Beschluss gefaßt, vom 1. Januar ab einen einheitlichen Zollabrechnung von 10 S. pro Monat einzuführen, dafür den Mitgliedern aber ein Entgegenkommen zu zeigen und beim Ableben eines Mitgliedes einen Pranz im Werte von 5 M. oder, wenn es gewünscht wird, auch in bar auszuzahlen. Ein diesbezügliches Statut wurde vorgelegt. In der Diskussion, an der mehrere Kollegen teilnahmen, wurde die Notwendigkeit vollaus anerkannt und beschlossen, das Zollabrechnungsamt einzustimmen und zur Agitation im Januar ein Flugblatt herausgeben zu lassen. Kollege Menke teilte mit, daß vom letzten Ball ein Überdruck von etwa 75 M. zu verzeichnen sei. Doch hätte der Besuch besser sein können. Unter Punkt Verschiedenes weist der Vortragende Kollege Schürmeyer auf die Ungehörigkeit hin, daß

die Kollegen des anderen Wirkens als jenen, die uns ihr Zollamt zur Verfügung stellen, Einkehr halten. Hat uns gäbe es eigentlich nur die drei Wirkte Nübel, Schröder am Brunnen und Freese, wo unser Bureau ist. Redner bittet bringend, dieses zu beherzigen. Die nächste Mitgliederversammlung wird am 12. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Freese stattfinden. Die Versammlung wird mit einem kräftigen Schlusshorror des Kollegen Schürmeyer geschlossen.

Alzenau (Unterfranken). Am 15. Dezember fand hier eine Versammlung der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen statt, zu der als Redner Kollege Willian K. in m. m. e. r. Trockenhausen erschienen war. Nebner schilderte die Notwendigkeit der Organisation und betonte, daß gerade auf dem Lande, wo der Kapitalismus in unserer Industrie heute vorwiegend seine Ausbeutungssphäre suchte, der Zusammenschluß erst recht erforderlich sei. Nicht selten stehen unsere Kollegen nicht nur unter der Knute des Fabrikanten, sondern auch die Weitern glaubten, mit ihnen nach Belieben umspringen zu können. Da müsse man sich allerdings oft wundern, wie nicht selten die Prozesse der armen Arbeiter und Arbeiterinnen an der Organisation zu hindern suchten. Unter der herrschenden Leidenschaft habe doch in erster Linie die minderbemittelte Bevölkerung zu leiden; wenn die Arbeiter und vornehmlich die Tabakarbeiter, sich Tag und Nacht im Dienste des Kapitalismus plagen müßten und taum so viel hätten, daß sie ihr Dasein recht und schlecht fristen könnten, so bleibt nichts anderes übrig, als sich zusammenzuschließen und für höhere Löhne und niedrigere Arbeitszeit zu kämpfen. Redner spricht dann des näheren die Leistungen und Erfolge des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und weist insbesondere auf den großen westfälischen Kampf hin. Nachdem Redner noch auf die Bedeutung der Arbeiterorganisation für die Erhaltung des Friedens aufmerksam gemacht und die Bedeutung des letzten Internationalen Kongresses beprochen hatte, forderte er zu tatkräftiger Arbeit mit und für den Deutschen Tabakarbeiterverband auf. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen, auch ließ sich eine Unzahl der Anwesenden als Mitglieder aufnehmen.

Altenburg (S.-A.). Bei der Firma Hüfsemann hatten die Sortierer Lohnforderungen eingebracht. Das Vorgehen war insofern von Erfolg begleitet, als die Firma auf die bestehenden Akkordlohn-Bußgeldmägen machen mußte, welche für den einzelnen Arbeiter wöchentlich 1,50 bis 2 M. ausmachen. Außerdem wurde der Stundenlohn für Mustermachen von 45 auf 55 S. erhöht. Ist der Erfolg der Bewegung auch nur ein teilweise, so war unter den gegebenen Umständen nicht mehr zu erreichen, und ist derfelbe nur dem geschlossenen und einmütigen Vorgehen der betreffenden Arbeiter zu verdanken. Die Firma beschäftigt außer den Sortierern nur noch weibliche Arbeiter. Trotzdem nur ein großer Teil dieser Arbeiterinnen mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden ist, sind diese mit wenigen Ausnahmen nicht organisiert. Wenn nun die Interessengleichheit und Gleichmäßigkeit unter diesen Arbeitern nicht gar zu groß wäre und ihre Männer als Partei- und Gewerkschaftsgenossen ihren Blüchten als organisierte Arbeiter besser nachkommen würden, das heißt die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz beachten und nicht ein Hindernis für die Organisierung ihrer weiblichen Familienmitglieder bildeten, so wäre auch hier eine Besserung der schlechten Verhältnisse möglich. Hoffentlich bereist diesen Frauen und Mädchen der Erfolg ihrer männlichen organisierten Arbeitskollegen, daß eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur durch Einigkeit und Zusammenschluß im Tabakarbeiter-Verband möglich ist.

Verbundsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Bureauaufzug von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Gütekredit- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Wesel, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — zu adressieren.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Nendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Auskunft bestimmte Zuschriften sind an Emil Kille, Altona-Ditzen, Hohenstaufen 8, zu adressieren.

Belehrungen.

Ausgeschlossen nach § 15 wurden: Calbe a. d. S., die Arbeitswilligen bei Gottfr. Schulte Friede, Dethmann aus Calbe a. d. S., aufgen. am 30. 3. 1912, Buch S. II, 45 044. Johanne Harle aus Calbe a. d. S., aufgen. am 5. 5. 1912, Buch S. II, 44 988.

Als verloren gemeldet wurde: Vor Dresden das Mitgliedsbuch S. II 19 193, lautend auf Gertrud Thomäj aus P., aufgen. am 29. 4. 1910, Kl. I. (S. 2506, 62).

Von Bremen das Mitgliedsbuch S. II 48 889, lautend auf Bernhard Lohr aus Bremen (Sortierer), aufgen. am 11. 4. 1905. (S. 2521, 8.)

Der Vorstand.

An die Bevollmächtigten.

Der Tabak-Arbeiter-Sendung für diese Woche ist eine gelbe Statistikarte (Kais. Statistisches Amt) beigefügt. Diese Statistik ist für das 4. Quartaljahr 1912 bestimmt und enthält acht Fragen, die für alle unsere Zahlstellen gewissenhaft zu beantworten sind.

Man beachte bei der Beantwortung:

Unter Frage 1 ist anzugeben, wie viele männliche und wie viele weibliche Mitglieder unseres Verbandes am Schlusse des 4. Quartals 1912 in der Zollstelle vorhanden sind. (Bei Beantwortung dieser Frage ist darauf zu achten, daß die Mitgliederzahlen genau angegeben und mit den Angaben über Mitgliederbestand auf den Quartalsabrechnungen übereinstimmen müssen.)

Unter Frage 2 ist anzugeben, wie viele von den Mitgliedern in der Zollstelle im 4. Quartal 1912 arbeitslos waren (Die Zahl derjenigen Mitglieder, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, sind mit anzugeben.)

Unter Frage 3 ist anzugeben, wie viele arbeitslose Mitglieder am Sonnabend, den 28. Dez. 1912 in der Zollstelle vorhanden waren. (Die arbeitslosen Mitglieder, die keine Unterstützung erhalten, sind mit anzugeben.)

Unter Frage 4 ist anzugeben, wie viele auf der Reise befindliche (wandernde) arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes sind am Sonnabend, den 28. Dez. 1912 in der Zollstelle meldeten.

Unter Frage 5, Abs. a) ist anzugeben, wie viele arbeitslosen Tage im 4. Quartal 1912 auf die arbeitslosen Mitglieder in der Zollstelle entfielen. (Hierbei sind mit einzurechnen die arbeitslosen Tage, die auf die Mitglieder entfielen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.) Unter Abs. b) sind die gleichen Angaben auch für die im Quartal eventuell durch- oder zugewanderten arbeitslosen Mitglieder zu machen.

Unter Frage 6 ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder anzugeben, die im 4. Quartal 1912 in der Zollstelle Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhielten, und zwar unter Abs. a) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die im 4. Quartal 1912 durch- oder zugewandert sind.

Unter Frage 7 ist die Zahl der Tage anzugeben, für welche

i. m. 4. Quartal 1912 in der Zollstelle Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, und zwar unter Abs. a) die Zahl der Tage für arbeitslose Mitglieder, die am

Ab. b) die Zahl der Tage für arbeitslose Mitglieder, die im 4. Quartal 1912 durch- oder zugewandert sind.

Unter Frage 8 sind die Unterstützungssummen anzugeben, die im 4. Quartal 1912 in der Zollstelle an arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes ausgezahlt wurden, und zwar unter Abs. a) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die am Ort verblieben und unter Abs. b) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die im 4. Quartal 1912 durch- und zugewandert sind.

Streichende, ausgewerzte, genahmene und lebende Mitglieder dürfen bei dieser Statistik überhaupt nicht mitgezählt werden.

Die für das 4. Quartal 1912 bestimmte Statistikarte muß bis zum 4. Januar 1913 an den Vorstand eingesandt sein.

Wir ersuchen nun die Bevollmächtigten, diese Statistikarte gewissenhaft zu bearbeiten und rechtzeitig an den Vorstand einzusenden.

Zahlstellen, von denen kein Bericht eingeht, werden veröffentlicht.

Zahlstellen, die aus Verschluß keine Karte erhalten, müssen dies sofort dem Bureau mitteilen.

Der Vorstand.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.
Halle a. d. S. = Arbeitslosenunterstützung wird nur ausgezahlt an Mitglieder, die mit Wissen der Ortsverwaltung hier in Arbeit treten.

Vom Vorstande sind ernannt:

Alzenau: Max Schubert als 1., Max Frommholt als 2., Fritz Müller als 3. Bev., Georg Heinrich, Hugo Thorschmidt als Kontrollleure.

Bruchsal (Baden): Georg Kehler als 1. Bev.

Langwedel: Fritz Dettmer als 1. Bev.

Adressenänderungen.

Alzenau: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Max Schubert zu senden.

Halle a. d. S.: Der 1. Bev. W. Reinstein wohnt Metzburgerstraße Nr. 22 III.

Bruchsal (Baden): Der 1. Bev. Georg Kehler wohnt Bismarckstraße 2.

Langwedel: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Fritz Dettmer zu senden.

Vom 17. bis 21. Dezember 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen. V. = Verbandsbeiträge, L. = Zollmarken, U. = Unionen.

15. Dezember: Holzen V. 200.— Mühlhausen i. Th. V. 100.— Stuttgart V. 250.— Oranienbaum V. 200.— Herzberg a. H. V. 140.— Johanngeorgenstadt 100.— Bracke in Lippe V. 240.— 16. Dezember: Dederen V. 50.— Göb V. 200.— Hagen bei Phymont V. 150.— Cönnern V. 35.— Bauteu V. 100.— Südbremmern V. 200.— 17. Dezember: Lobenstein V. 50.— Ildehausen V. 70.— Scharmbach V. 300.— 18. Dezember: Berlin V. 100.— Nordhausen V. 1000.— Mainz V. 120.— Waldheim V. 600.— 19. Dezember: Bremen V. 500.— Spalding V. 140.— Baldorf V. 165.— Lügning V. 160.— 2. 25. Würzburg V. 200.—

Berichtigung. In Nr. 50 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 3. Dezember heißen: Eisenach 100 M. statt Eiselen.

Bremen, den 21. Dezember 1912.

W. Nieder-Wesel, Kassierer.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg: Altona: Gottlieb Östertag, Bureau: Eimsbüttelerstraße 10.

Für Bremen: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den Gau Braunschweig: Braunschweig: Ernst Späth, Mauerstraße 48, II.

Mein Katalog Januar 1913 F

kommt mit der heutigen Zeitung zum Versand!

Viele neue Offerten! . Nur Qualitätstabake! Ausserrordentlich billige Preise!

Ich bitte, den Katalog einer genauen Durchsicht zu unterziehen!

H Heinrich Franck

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1733

Telephon: Amt Norden 4352

Berlin N. 54
Brunnen-
Strasse 22

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Zu eingetroffen!

Zu eingetroffen!

Sumatra Nr. 7252

1. Länge Vollblatt, reine helle Farben, rießig dekorat., f. Brand, per Pfund 3.25 Mark verziert.

Java Nr. 7259

Dualitätsarbeiter, 2. Länge, hell im Grunde, per Pfund 1.80 M. verziert.

Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!

Seiner empfiehlt

Utenfilien zur Zigarren-fabrikation

insbesondere: Meine bekannte bestellbare Wiedelmeidrine, pro Stück M. 18, Formenkreiss., la Material, von M. 7.75 m, Zigarrenband, Rolle à 50 m von 45 & cm, erstklassig. Amtiac sec. pro Pfund M. 1.75, Tragant von M. 1.50 pro Pfund ca. Tabakdosenfutter (Bereiter) in unverzicht. höherer Verarbeitung von 75 & cm, prima Glühölzchen-Papier, etc., pro Pfund 17 &. 32. Cataloge gratis und franco.

Zur Utenfilien Wittenzinner u. Sennhoffer in Hamburg:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige —
Bezugssachen sämtlicher Tabake
empfiehlt

Sumatra-Decker (schneeweicher
Grund) 180, 200, 220, 240, 250,

260, 280, 300, 310, 320, 340,

400, 420, 450, 500 &

Sumatra-Umlatt (Sumatrablatt) 140,

150, 160, 170 &, Stuhlblatt 130,

140, 150 &

Java-Decker (hell) 270, 280, 300,

350 &, (mittel) 200, 230, 240,

250 &

Java-Umlatt (leicht, flottbrennend)

120, 125, 130, 140, 150, 160,

170 &

Vorstenland-Decker 180, 200, 230,

240, 260, 270, 300, 320, 350 &

Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,

230, 240 &

Brasil-Umlatt u. Umlatt 120,

125, 130, 135, 140, 150, 160,

170 &

Geschnitten Einlage 110 &

Carmen-Umlatt 105, 110, 120,

130, altenfaches Umlatt 140 &

Domingo (hell, leicht) 100, 105,

110, 120, 130 &

Seedleaf 110, 120 &

Leogut (mittig) 95, 100 &

Original-Widigung 105, 110, 120 &

Havanna 150, 200, 250, 300, 400 &

Decker 650 &

Fara-Cuba (jewer) 180, 200, 250 &

Hermeking & Boy

Berlin I. Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Blätter,
mehr mittel- und hellfarb. Voll-

blatt, 2. und 3. Längen à 250

bis 500 &, hell ff. 600 &

Vorstenland-Decke, dunkel-

beiger Mexiko-Erbs, à 260 &

Java-Einlagen à 110—125 &

Java-Aufarbeiter à 180—145 &

Java-Umlatt à 150—190 &

Mexiko-Decke ff. 450 &

Brasil à 150—190, Decke à 350 &

Havanna à 350 &, Cuba à 200 &

Domingo à 120—170 &

Carmen à 120—155 &

Uckermärker Ia. à 105 &

Löffel - Blattware, à 105 & m. Dö-

ppen - Blatt-Ramponagen à 125 &

Wickelformen, gebraucht, gut er-

haltene Schäffchen-Altbünde gratis

und franco.

Progen zu 12 Formen, oben u. unten

verstärkt, Holzfus. u.

Holzdruckplatte in sehr starker Aus-

führung, doppige Träger, 10 &

Presskästen, Bündelbüke, Boli-

bretter, Arbeitsmesser, Lack,

Papier, Band, Ringe, Etiketten,

Sammi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische,

Pressen, Rahmen, Siebe.

Tabakpreise per Pfund verziert

infl. Wertgeld. Verhandl. unter

Rechnung mit 3% Skonto.

Verlangen Sie Preisverzeichnis.

Offiziere div. hundert Rentner
gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 &, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franks

Zusendung. Hochseine Rischung zu 5 & Zigarren. Ill. Preisliste gratis

und franco. Verhandl. mit unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Neuestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge

Vollblatt, hellbraun, 220 &

Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge

Vollblatt, hell bis fahl, 260 &

Sumatra-Decker Nr. 504, 8. Länge

Vollblatt, hell und seidig, 300 &

Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge

Vollblatt, hellbrauner Dualitäts-

tabak, 320 &.

Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge

Vollblatt, matthauner Dualitäts-

tabak, 350 &.

Java-Decker Nr. 558, 2. Länge

Vollblatt, hellfahl, 200 &

Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. Lg.

Vollblatt, hellbraun, 260 &

Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Lg.

Vollblatt, hell, 380 &.

Brasil-Decker, tiefschwarz, sehr

günstig dekor., 240, 270 &

Megilo-Decker, dunkler Dualitäts-

tabak, 320 & dekor., 400 &.

Java-Umlatt, eines Vollblatt, 140,

150, 160, 170 &

Domingo - Umlatt, großblattig,

trocken, 180, 185 &

Carmen - Umlatt, zart, gut

gehoben, 120, 130, 140 &

Seedleaf, keine Qualität, 145 &

Java-Einlage 105, 110, 115 &

Carmen - Einlage 105, 110 &

Brasil - Einlage 135, 145, 150,

160, 170 &

Leogut, allerhöchste Ware, viel Um-

blatt, 100 &.

Rehtabak-Handlung

Hengfoss & Maak

Altona - Ottensen

Filiale Berlin N.,
Brunnenstrasse 26. [25]

Den Bewerbern für die
Ortsbeamtenstelle für Mann-
heim zur Kenntnis, daß der
Kollege Ferdinand Dahms in
Altona zum Ortsbeamten
gewählt ist. Allen Be-
werbern besten Dank.

Das Aktionskomitee.

Diejenigen Bevollmächtigten der
Zahlstelle, in welcher sich der Kollege
Heinrich Hünning aufhält, bitte
ihm sofort Kontakt zu geben, wegen
Verbandsangelegenheiten.

Karl Stephan.

Zahlstelle Erfurt.

Dem Kollegen Otto Günther

und seiner Braut Emma Puschin

zu ihrer Verlobung die herzlichsten

Grüße.

Kollege Ernst Grigert

in Wilnsdorf sowie das Personal

der Firma Dr. Krüger im

Wittenberge.

Die bei mir wohnt und arbeitet Kol-

legin Anna Schröder.

Die bei mir wohnt und arbeitet Kol-

legin Anna Schröder.

Die bei mir wohnt und arbeitet Kol-

legin Anna Schröder.

Die bei mir wohnt und arbeitet Kol-

legin Anna Schröder.

Die bei mir wohnt und arbeitet Kol-

legin Anna Schröder.

Die bei mir wohnt und arbeitet Kol-